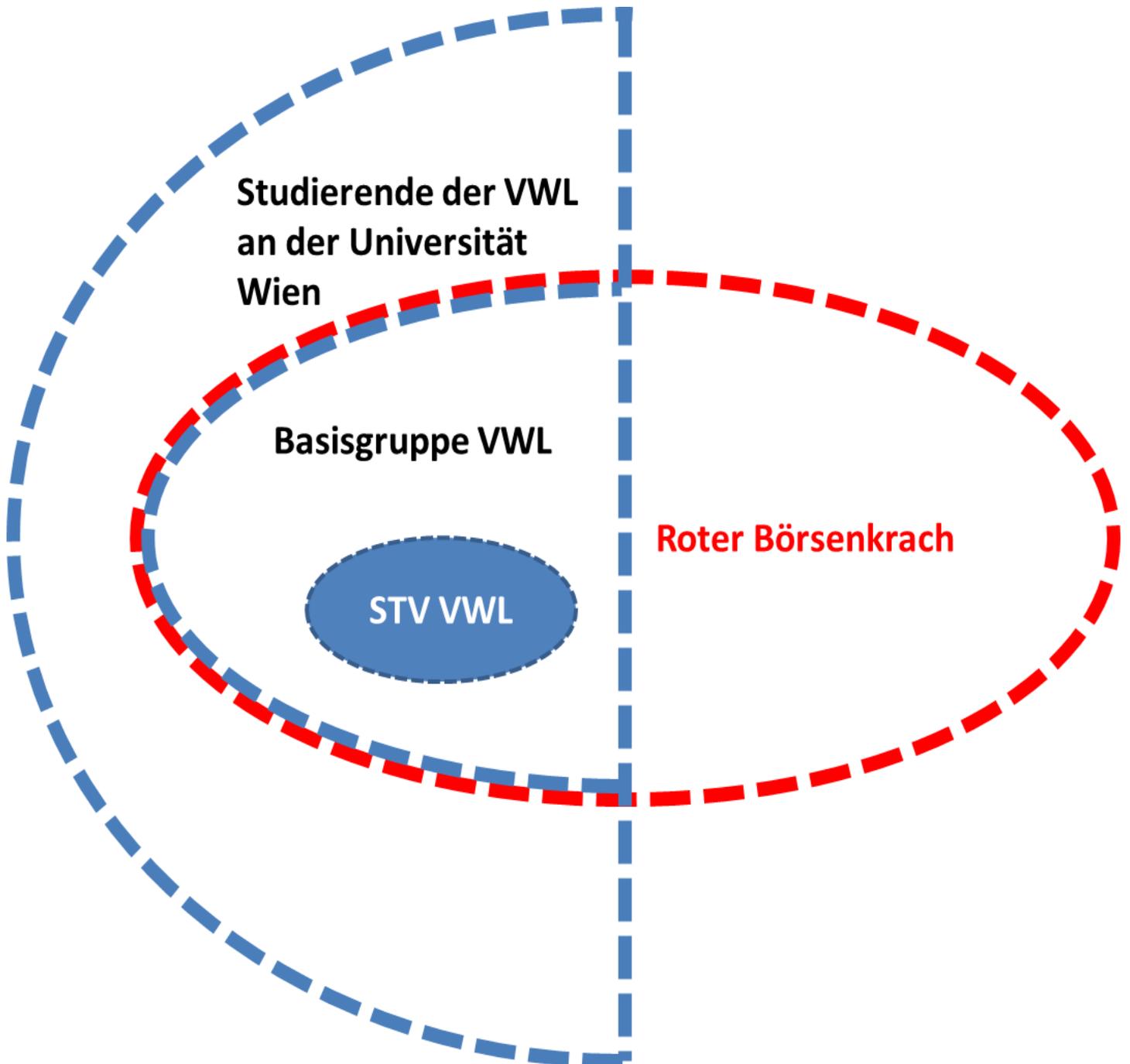


DER ROTE BÖRSENKRACH



Inhalt

Editorial und Impressum	2
Kurz integriert	3
AUS für die Studienvertretung VWL auf der WU	4
Kein Master IE?	6
Ein Gespenst geht um in Wien... Die SOLV, Akt 4!	8
Ein kurzer Rückblick	10
Warum wählen?	12
Selbstverständnis des RBK	13
Das basisdemokratische Verständnis des RBK als Menge	15
Politischer Aktivismus auf der Abschlusssliste des Verfassungsschutzes	16
Interviewteil	
Quo Vadis, EU. Interview mit Prof. Merz	20
Über die seltsamen Ansichten einiger (deutscher) ÖkonomInnen zur Eurokrise	25

Liebe Menschen,

als in der letzten Ausgabe im Mai 2007 die Auferstehung des RBK wie der Phönix aus der Asche verkündet wurde, war dies im Rückblick gesehen vielleicht verfrüht. Aber: *Today is different*. Diese Ausgabe des RBK soll wieder den Anfangspunkt der Zeitung der ältesten durchgehend existierenden Basisgruppe an der Universität Wien markieren. Deshalb arbeiten wir bereits an der nächsten Ausgabe, die im Juni erscheinen wird. Wenn du dich einbringen willst, komm doch einfach bei unseren Plena vorbei, oder schick uns eine Mail!

Wie der Zufall es so will, erscheint auch dieses Mal der RBK wieder vor den ÖH-Wahlen. Obwohl es seltsam erscheint, dass wir uns als basisdemokratische Gruppe einer Mehrheitswahl stellen, gibt es auch dieses Jahr wieder Kandidat_innen der Basisgruppe für die Wahlen zur Studienvertretung VWL. Diesmal kandidieren für den RBK: **Katarina Hollan, Manuel Lackner, Johannes Leutgeb, Philipp Poyntner und Eva Nicola Rinner**. Wie man hört, gibt es dieses Jahr eine Gegenkandidatur - also hoffen wir auf eure zahlreichen Stimmen!

Aber die Zeitung besteht natürlich nicht nur aus trockenen Wahlthemen. Außerdem greifen wir aktuelle Themen wie die Abschaffung der StV VWL auf der WU, die Nichteinführung des IE-Masters, sowie den Tierschützerprozess auf und lassen die SOLV Revue passieren.

Den Abschluss der Zeitung bildet unser neuer Interviewteil. Für diesen haben wir mit Frau Professor Merz, als erster Professorin an unserem Institut, ein außerordentlich politisches Interview geführt. Und wie es in der Natur der Sache liegt, hat dies natürlich auch Reaktionen von Leuten hervorgerufen, die das Ganze ein bisschen anders sehen.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer RBK

P.S.: Unser in der Vergangenheit an dieser Stelle regelmäßig verkündetes Anliegen, das BWZ dem Erdboden gleichzumachen, wird mit dem Abriss des BWZ in absehbarer Zukunft Folge geleistet. Ein weiterer Erfolg des RBK!

An dieser Ausgabe wirkten mit:
Friedemann Brockmeyer, Julia Gruber, Wilfried Gschwandtner, Katarina Hollan, Lukas Humer, Martin Kitzberger, Pia Kranawetter, Manuel Lackner, Ludwig List, Alexander Leodolter, Johannes Leutgeb, Matthias Nocker, Maximilian Pellert, Oliver Picek, Philipp Poyntner, Marlene Radl, Peter Reschenhofer, Karoline Ringhofer, Eva Nicola Rinner, Benedikt Sargant, Sara Scheiflinger, Johannes Scherrer, Daniel Siegrist, Christoph Scheuch, Robin Tschötschel, Stefan Weingärtner.

Impressum:
Die Rote Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Julia Gruber c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,
Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

Kurz integriert

Der RBK in den Medien

In der Ausgabe 14/11 vermeldeten die Innenpolitikredakteure des Falters voreilig in diesem Nachruf das vermeintliche Ableben des RBK.

Roter Börsenkrach vor dem Aus? Die linke Studentenvertretung des Faches Volkswirtschaft an der ansonsten konservativ dominierten Wirtschaftsuniversität ist die älteste Basisgruppe Österreichs. Dort startete Bank-Austria-Vorstand Wilhelm Hemetsberger seine Karriere, ebenso EZB-Direktorin Gertrude Tumpel-Gugerell. Nun steht die traditionsreiche Gruppierung - und alle anderen VWL-Studentenvertretungen wie der VSStÖ - vor dem Aus. Der Grund: Die ÖVP-nahe Arbeitsgemeinschaft [sic!] nutzte das Auslaufen der Diplomstudien für ein politisches Machtmanöver. Sie beschloss Ende März für die neuen zwölf Masterstudien nur eine Gesamtvertretung zuzulassen. Die Proteste des Roten Börsenkrachs und des VSStÖ blieben bis dato ungehört.

Liebes Falterteam!

Mit Amusement vernahmen wir im Falter 14/11 die Nachricht vom drohenden „Aus des Roten Börsenkrachs“. Es kann jedoch Entwarnung gegeben werden: Im Gegensatz zur abgeschafften StV VWL auf der Wirtschaftsuni existiert auf der Uni Wien weiterhin der RBK als unabhängige Basisgruppe für VWL-Studierende, der auch die Studienvertretung stellt. Denn während in der Uni-

versitätsvertretung der WU die Antidemokraten der ÖVP-Aktionsgemeinschaft fröhliche Urständ feiern, genießt die Uni Wien ein basisgruppenfreundliches Klima. Mit der Abschaffung der Studienvertretung VWL auf der WU hat die ÖVP-Aktionsgemeinschaft klar gezeigt, dass ihr politische Machtkämpfe wichtiger sind als eine starke Interessensvertretung für Studierende – das verurteilen wir aufs Schärfste!

Mit lieben Grüßen
Roter Börsenkrach / Basisgruppe
VWL



Causa Makro

Der Pflichtkurs Makroökonomie wurde dieses Semester an die erst seit kurzem an der Uni Wien lehrende Monika Merz übergeben. Unter anderem wegen Platzproblemen in einem zu kleinen Hörsaal führte die Vortragende punktuelle Anwesenheitskontrollen durch, welche bei unglücklichen Umständen (sogar bei Gang auf die Toilette) in weiterer Folge zum Ausschluss aus dem Kurs führen konnten und folglich Unverständ-

nis bei den Studierenden nach sich zogen.

Mehrere Lehrveranstaltungsbesucher, vorwiegend aus dem zweiten Semester, wandten sich mit der Bitte um Mediation an ihre Studienvertretung. Bei einer prüfungsimmanenten Lehrveranstaltung wie Makro 1 sind Anwesenheitskontrollen möglich, auf unserem Institut aber in der Vergangenheit sehr unüblich. Vor allem für Studierende, die nebenbei arbeiten (müssen) oder ein Zweitstudium absolvieren, ist es schwierig durch entstehende Terminkollisionen in allen Einheiten anwesend zu sein.

Nach Kontaktaufnahme durch den RBK und diversen Treffen der Studienvertretung mit Monika Merz konnte schließlich eine Lösung zu beidseitigem Einverständnis gefunden und allen TeilnehmerInnen die Möglichkeit geboten werden, den Pflichtkurs abzuschließen. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit in der Zukunft, um Probleme wie diese bereits im Vorfeld auszuschließen.

Die systemischen Zwänge, beispielsweise in der Administration, auf neue KollegInnen abzuwälzen ist keinesfalls ein Zeichen von guter Zusammenarbeit innerhalb des Instituts. Die Situation war bereits vor Beginn des Semesters abzusehen, und dass nicht auf die übliche Praxis hingewiesen und die Veranstaltung entsprechend administrativ unterstützt wurde, ist ein Armutszeugnis für die zuständigen Personen und die Qualität der Kommunikation innerhalb des Instituts.

AUS für die Studienvertretung VWL an der WU

In der Sitzung der Universitätsvertretung am Freitag den 18.3.2011 hat die ÖH-WU mit den Stimmen der AG das Ende der Studienvertretung Volkswirtschaft Master besiegelt.

Das Ergebnis ist, dass es für ca. 600 VW Studierende der WU - hinzu kommen noch Studierende der Sozioökonomie - keine Studienvertretung mehr gibt.

Mit der Einführung der Bachelorstudiengänge wurden vier vormalige Diplomstudiengänge zu einem Bachelorprogramm mit fünf Studiengängen zusammengelgt. Es nennt sich BaWiSo, Bachelor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Studierende des Zweiges VW/Sozök machen ca. 5 Prozent der BaWiSo-Studierenden aus. Der Studiengang BaWiSo besitzt eine StV, die von der AG geführt wird. Die AG zeigt kein Interesse, eine aktive VW/Sozök-Community zu unterstützen.

Mit den Studierendenprotesten entstand auch an der WU eine kleine aber feine Protestgruppe, hauptsächlich von VW-Studierenden getragen. Das politische Potential wurde durch das Plenum der StV-VW-Diplom weitergetragen und besteht bis heute.

Die Abschaffung der eigenen Master-StV für VW und alle anderen Masterstudiengänge geht mit dem Auslaufen der StV-VW-Diplom einher. Die StV-VW-Diplom ist sehr durch den VSSTÖ geprägt, hat aber für viele Unabhängige eine Basis geschaffen, von der aus eigenständiges Engagement unterstützt wurde. Diese bildete neben der GRAS WU den Rahmen für die VW-BaWiSo Studierenden der WU. Die StV-VW-Diplom bildet diesen Rahmen aber nicht nur für VW-Bachelorstudierenden, sondern auch für VW-Masterstudierende. Eine StV VW Master

hätte die Rolle der StV VW Diplom übernehmen können. Dies wurde am 18.3.2011 verhindert.

Durch das Ende der StV VW Diplom gehen alle diese Schnittstellen verloren. Für Bachelorstudierende gibt es somit nur mehr die AG-StV BaWiSo, für die Masterstudiengänge bildet sich durch das Abschaffen eigener Masterververtretungen das gleiche Dilemma.



Was bedeutet das für die Uni Wien?

Seit den Protesten kooperieren WU Studierende mit dem RBK. In den letzten Jahren hat der RBK die Zusammenarbeit mit der StV-VW-Diplom sehr geschätzt. Durch die auf der WU vor allem durch die StV-VW-Diplom bestehenden Strukturen wurde die Vernetzung zwischen den Studierenden der WU und der Uni Wien vorangetrieben. Das Ergebnis waren gemeinsam organisierte Lehrveranstaltungen, Diskussionsabende und Feste.

Durch die Zusammenlegung aller Studienrichtungsververtretungen für die Masterstudien mit dem gleichzeitigen Auslaufen der Diplomstudien und ihrer Vertretung für VW steht diese Zusammenarbeit, sowie die VW-Community an der WU vor dem Aus. Der Vorstoß der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG) bedeutet für VW Studierende der WU endgültig keine gewählte Vertretung

bzw. für Studierende der Uni Wien keine Ansprech- und ArbeitspartnerInnen mehr zu haben.

Die AG hat ihre Übermacht in der Universitätsvertretung in der Abstimmung vom 18.3. gegen die Anliegen einer Minderheit, die die VW und Sozioökonomie Studierenden auf der WU darstellen,



gerichtet. Diese Minderheit ist zwar zahlenmäßig den gesamten WU-Studierenden unterlegen, bildet aber eine aktive Minderheit im Gegensatz zu einer passiven Mehrheit. Die Pluralität in den Meinungen ist durch dieses Vorgehen der AG untergraben. Das vorge-

brachte Argument der höheren Effizienz einer gemeinsamen Studierendevertretung ist heuchlerisch und in hohem Maß antidemokratisch.

Der Vorstoß der AG kann nur ideologisch begründet werden und ist in keinsten Weise im Sinne der Studierenden. Hier tritt das unterschiedliche Verständnis zu den Aufgaben einer StV besonders offensichtlich zu Tage. Für die AG spielt inhaltliche Reflexion bzw. Beschäftigung mit Themen, die nicht im Studienplan vorgesehen sind, anscheinend keine Rolle. Sonst hätte sie den Wert einer eigenen StV erkannt und allen 12 Masterrichtungen eine eigene StV zugestanden.

Wie sich die gemeinsame StV für die Masterrichtungen genau zusammensetzt, entscheiden die ÖH-Wahlen im Mai. Klar ist jedoch schon jetzt: Eine sinnvolle Vernetzungs- und Zusammenarbeit kann mit den zukünftigen Strukturen nicht erreicht werden.

AG Scheißn

Kein Master IE?

Der Kampf um Anerkennung und Umverteilung bestimmt weiterhin nicht nur Teile der inhaltlichen Lehre auf der Internationalen Entwicklung, sondern auch die Lage am Institut der IE selbst.

Der Kampf geht in die nächste Runde.

Vorweg, derzeit werden auf der IE ein Bachelor und ein PhD Studium angeboten, das individuelle Diplomstudium läuft leider im Zuge des Bologna-Prozesses aus. Die IE bekam erst 2010 nach mühevolem und langem Kampf ein eigenes Institut, das trotz for-

Rektorat abgelehnt folglich nicht finanziert und somit nicht eingeführt.

Ein konkreter Masterstudienplan wurde von einer Curricular- Arbeitsgruppe ausgearbeitet und Anfang Februar vom Senat der Uni

hrung des bereits bestrittenen Institutionalierungsprozesses der IE führen und Selbstbestimmungskompetenzen weiterhin eindämmen. Die IE sieht sich in diesem Zusammenhang nicht unbedingt als interdisziplinär, sondern betont die gewünschte Transdisziplinarität.

Eine Nicht-Existenz des IE Masters würde gravierende Folgen nach sich ziehen: Hunderte IE Bachelor Absolventen, die den versprochenen Master.IE anstreben, müssten entweder auf verwandte ohnehin schon überlaufene Studienrichtungen ausweichen oder



maler Unabhängigkeit bis heute aus den externen Fonds anderer Fakultäten mitfinanziert wird. Daher auch der Begriff „Scheininstitut“, der im Laufe der Proteste immer wieder auftaucht. Das Institut Internationale Entwicklung ist demnach weitgehend von fremder Finanzierung abhängig, was eine Selbstbestimmung der kritischen Lehre beachtlich verkompliziert. Zusätzlich zu dieser Scheinexistenz des Instituts gilt es ab dem nächsten Semester, wie in allen (Massen)Studienrichtungen, mit den Schwierigkeiten der verschärften STEOP fertig zu werden. Und nun der neue Schock: Der für das WS 2011 zugesicherte Master.IE wird in seiner jetzigen Form vom

Wien, dem dafür zuständigen Gremium, bestätigt. Das Rektorat gab jedoch bekannt, den Master aufgrund von Ressourcenknappheit nicht gesichert finanzieren zu können. Seine Kompetenzen überschreitend forderte das Rektorat dann auch inhaltliche Änderungen des Mastercurriculums. Neben einer Auslagerung der Lehrveranstaltungen auf abzugrenzende Studienrichtungen (Vwl, Jus, Powi etc.), wird auch ein englischsprachiger Master gefordert. Dieser wird von der IE aber abgelehnt, da damit Zugangsbeschränkungen legitimiert würden. Die Überlegungen, sich Inhalte bzw. Lehrveranstaltungen von anderen Fakultäten zu holen, würden zu einer Umke-

wären auf eine zwar geplante aber fragwürdige „Übergangslösung“ des Rektorats angewiesen. Die Jobchancen nach einem IE Bachelor bedürfen an dieser Stelle wohl keiner weiteren Erklärung. Des Weiteren würde sich die Nichtfinanzierung auch auf die jetzige Situation der Diplomstudierenden und der Bachelor StudentInnen auswirken, was letztlich die IE generell in ihrer Existenz bedrohen würde.

Nach der überraschenden Finanzierungsabsage spielten die IE'lerInnen eine ihrer Stärken aus und formierten Widerstand: Hörrinnerversammlungen, Demos, Presseaussendungen, ein Aktionstag und letztlich der Boykott der



„Bachelor- Was nun?“ Veranstaltung verdeutlichten unter dem Motto „Master jetzt“, dass die IE-Studierenden und Lehrenden noch lange nicht kampfmüde sind und weiterhin laut werden können. Das große Mobilisierungspotenzial und die gut strukturierte Öffentlichkeitsarbeit der IE bewiesen sich bereits und werden wohl auch noch in künftigen Entwicklungen des Master.IE eine bedeutende Rolle spielen.

Letzter Stand: In den Osterferien gab das Rektorat via Pressemeldung bekannt, dass sich FachvertreterInnen mehrerer (!) Studienrichtungen an den Abstimmungen des Lehrangebots für den Master.IE beteiligen werden und dass Bachelorabsolventen bereits im WS 2011 ein „vorläufiges Masterstudium“ angeboten wird. Das Regelstudium tritt voraussichtlich (also erneut „versprochen“) im Herbst 2012/2013 in Kraft. Inwiefern dieses vorläufige Statement des Rektorats jedoch seine Berechtigung hat und sich bewahren wird, bleibt abzuwarten, schließlich wurde niemand von der IE über die neuesten Verhandlungen informiert. So bleibt es anscheinend weiterhin ungewiss ob der Master.IE überhaupt kommt,

und wenn ja, wann und in welcher Form.

Gerade in Zeiten, in denen im Zuge von Sparmaßnahmen schon Entwicklungshilfe drastisch gekürzt wurde, sollte schon auch darauf hingewiesen werden, dass die IE in ihrem jetzigen Forschungsbereich im deutschsprachigen Raum einzigartig und dementsprechend

bedeutend ist. Das Rektorat der Uni Wien könnte darauf stolz sein und Position dazu bekennen, indem es die IE stärkt, ihr Ressourcen zur Verfügung stellt und ihre Selbstbestimmung fördert. Das Rektorat der Uni Wien kann, wie sich gezeigt hat, leider aber auch anders.

Warum überhaupt im Bildungsbereich wie auch bei Entwicklungshilfe gespart wird, bleibt wohl wenn, einzig auf kurzfristig rationale, effiziente oder vereinfachende Entscheidungen zurückzuführen. Angehende Volkswirte wissen ja hoffentlich, dass dies die oft falschen und moralisch unvertretbaren Entscheidungsgründe sind.

In diesem Sinne solidarisiert sich der RBK mit den IE-StudentInnen und wünscht erfolgreichen WIEderstand!



Ein Gespenst geht um in Wien... Die SOLV, Akt 4!

Uni Wien, Fakultät für katholische Theologie. Ein gut gefüllter Hörsaal bietet Raum für eine Lehrveranstaltung der Volkswirtschaftslehre. Der Vortragende lässt sich gerade darüber aus, wie Geschichte Märkte beeinflusst, Krisentheorien werden behandelt, gesellschaftliche Zusammenhänge werden gesucht, Überschneidungen mit anderen Disziplinen gefunden... Staunend runzelt der/die LeserIn jetzt wahrscheinlich die Stirn. Gesellschaft? Krise? Noch nie gehört... Das kann sich nicht um die VWL der Uni Wien handeln! Niemals! Aber schauen wir doch genauer hin...

Eine Lehrveranstaltung also. Irgendeine LV? Nein! Es handelt sich um eine Selbstorganisierte Lehrveranstaltung (SOLV) mit dem Titel „Einführung in die Heterodoxe Ökonomie“. Von Studierenden der VWL Uni Wien & WU

organisiert, werden Theorien und Ansätze vorgestellt, die Alternativen zur Mainstream-Ökonomie aka Neoklassik aka TINA (There Is No Alternative) bieten. Der Neoklassik fundamental entgegengesetzte Ansätze wie Marxismus und Regulationstheorie werden ebenso behandelt wie so manche Anwärtler auf ein Stammleiberl in den modernen Wirtschaftswissenschaften wie Ökologische Ökonomie und Postkeynesianismus.

Die Ringvorlesung hat Krisentheorien im Fokus, da eine hohe studentische Nachfrage exogen gegeben ist (und vom Institut eher, naja, sporadisch bedient wird).

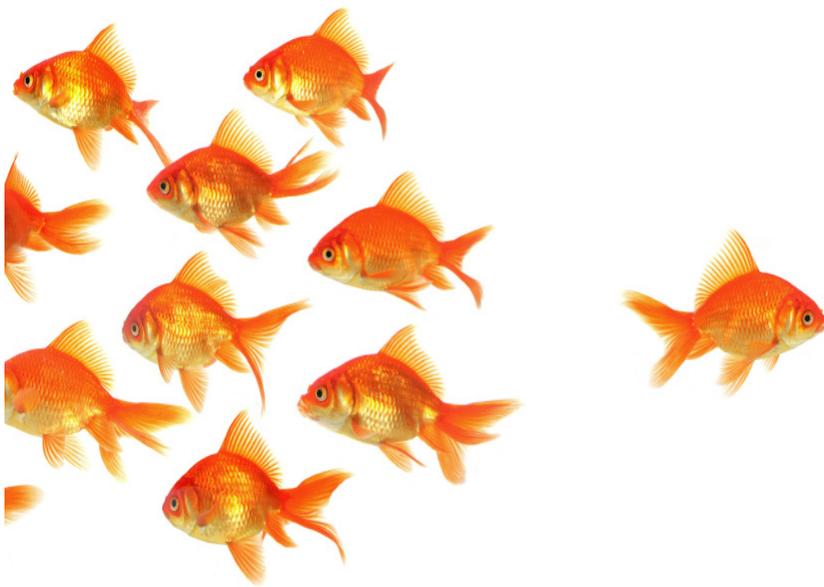
An den über 80 Anmeldungen merkt man: Die SOLV ist kein Kind mehr. Die Zusammenarbeit von den WU- und Uni Wien-VolkswirtInnen in spe geht schon ins dritte Semester! Die erste derartige Veranstaltung war sehr transdiszi-

In der ersten Einheit wurde von Prof. Pirker folgender schwieriger Frage nachgegangen: Wann ist Ökonomie "mainstream" und wann heterodox? Eine Sichtweise lautet, dass mit Ricardo, der Smith's logische Inkonsequenzen kritisierte, die Suche nach physikalisch-mechanistischen Gesetzmäßigkeiten in der Ökonomie begann. Über Mill und Jevons führte dies dann zur Mathematisierung der (Mainstream-)Ökonomie. Heterodoxe Ökonomie heißt, solche Gesetzmäßigkeiten nicht unreflektiert hinzunehmen, sondern soziale und historische Faktoren einzubinden. Anders gesagt: Wo Geschichte ist, ist auch Heterodoxie! Prof. Pirker beehrte uns auch später wieder und gab uns in der 4. Einheit einen trefflichen Überblick über die Marx'sche Wert- und Krisentheorie.



plinär ausgerichtet und ging dem Homo Oeconomicus ans Leder. Im Wintersemester 2009/10 gab es sogar zwei SOLVs: Die „Utopien und Paradigmen in der Ökonomie“ wurden kritisch betrachtet, und in der „Heterodoxen Makroökonomie“ konnten die Studierenden mit der Crème de la Crème der europäischen PostkeynesianerInnen debattieren. Die SOLVen werden durch das Institut unterstützt

Modell eigentlich keynesiansisch ist, was an Keynes Analyse in den Mainstream einfließt und was fruchtbaren Boden für heterodoxe Ansätze bietet. Einer dieser Ansätze ist Postkeynesianismus, der in 3 großartigen Einheiten vorgestellt wird - und keine Angst, auch Minskys Krisentheorie kommt nicht zu kurz! Den Abschluss bilden dann zwei Einheiten zu ökologischer Ökonomie und eine



und gutgeheißen. Auch mal danke an euch, Jungs und Mädels! Für genauere Informationen zur Organisation & Geschichte der SOLVen, bitte den Artikel „Ein kurzer Rückblick“ in dieser RBK-Ausgabe konsultieren.

Zurück in die Gegenwart: Der Osterhase hat seine Arbeit getan, und es ist Zeit zu fragen: Was ist bis jetzt geschehen an heterodoxer Ökonomie? Einen kurzen Überblick über die bereits stattgefundenen Einheiten bieten die Infoboxen. Weiter gehts recht heiter: Mit Prof. Milford durchleuchten die Studierenden gerade, was am IS-LM

Überraschung. Wen es in den Fingern juckt, mitzumischen, die nächste SOLV kommt bestimmt! Geheime konspirative Treffen werden auf der Homepage bekanntgegeben. Für alle, die noch Hoffnung haben, Erleuchtung suchen und Dienstag von 16 bis 18 Uhr Zeit haben, sollte der Hörsaal 46 künftig eine offene Tür darstellen. Denn hinter dieser Tür verbirgt sich die wahre VWL – denn wie der Student W. nach der ersten Einheit zur Regulationstheorie meinte: „So hab ich mir VWL vorgestellt bevor ich es anfang zu studieren!“

Prof. Rosner fuhr in den nächsten 2 Einheiten damit fort, eine Einordnung der Ökonomie zu finden. Heterodoxie wird diesmal nicht darin gesehen, methodologische Kritik anzubringen, sondern viel eher vernachlässigte Inhalte (wie in der Vergangenheit Informationsasymmetrien oder Marktversagen) in den Geltungsbereich der Mainstream-Ökonomie zu bringen.

Die Einheiten 5 und 6 gehörten ganz der Regulationstheorie. Diese in Wien relativ prominent vertretene Theorie ist ein Kind des Pariser und Grenobler Marxismus und stellt die Frage, wie es Phasen der Stabilität im Kapitalismus geben kann, dem doch Krisen immanent sind? Die Diskussion wird anhand verschiedener Achsen geführt - von essentieller Bedeutung ist im Moment, na na net, die Unterscheidung von produktiver und finanziarierter Akkumulation. Prof. Becker, der die beiden Einheiten leitet, stößt anhand eines ausführlichen Artikels über Ursachen und Auswirkungen der Krise in und Perspektiven für Europa eine Diskussion an, die an folgendem Punkt hitzig wird: „Es ist alles kompliziert und nicht so toll - aber was tun?“ Hier finden sich vielfältige Meinungen unter den Studierenden: Sich mit Studierenden vernetzen und die Wissenschaft kritisch reformieren? Oder doch Parteien beitreten und sie als Gruppe verändern? Oder aber gleich weiß wählen [für eine pessimistische Vision der Auswirkungen des Weißwählens siehe José Saramago (2004): „Die Stadt der Sehenden“ (Ensaio sobre a lucidez)].

Ein kurzer Rückblick...

auf die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung im letzten Semester.

Wo sind die Zeiten dahin, als es noch... donnerstagspät abends eine Gruppe Studierender gab, die sich in wechselnden Hörsälen über - so der Titel des Unterfangens - „Paradigmen und Utopien der Ökonomie“ informieren wollte? Gut, ganz sind die Zeiten eigentlich nicht vergangen - auch dieses Semester findet sich mit „Einführung in die heterodoxe Ökonomie“ wieder eine vom RBK und weiteren interessierten StudentInnen (u. a. auch Kollegen von der WU) geplante Lehrveranstaltung im Curriculum.

Ein kurzer Rückblick: Im Zuge der Studierendenproteste erblickte eine neue Gattung von Vorlesung das Licht der Welt: Die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung (kurz

SoLv) sollte VWL-StudentInnen die Möglichkeit geben, von selbst ausgewählten Vortragenden über selbst gewählte, in unserem Studienplan leider vernachlässigte Themen Näheres zu erfahren. Mittlerweile geht der vierte Kurs von statten und das Projekt erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Ich selbst habe das Modul „Geschichte ökonomischer Theorie“, in dem sich die SoLv anrechnen lässt, inzwischen dreifach überbelegt (Glücklicherweise gibt's noch die freien Wahlfächer).

Doch zurück zum eigentlichen Thema! Die SoLv „Paradigmen und Utopien der Ökonomie“, deren Inhalt es war aufzuzeigen, welchen gesellschaftlichen Leitbildern sich ökonomische Theor-

Können wir auf die Zauberformel: Umweltschutz bei gleichzeitigem Wachstum durch Innovationen wirklich vertrauen? Fred Luks glaubt, dass die in politischen Sonntagsreden eingeforderte Nachhaltigkeit, nicht automatisch durch Innovationen erreicht wird. Die angestrebte Ressourcenschonung wird u. a. durch Substitutionseffekte wieder ausgehebelt. Auch der wachsende tendenziell weniger ressourcenabhängigere Dienstleistungssektor hat für seine Tätigkeit nach wie vor die industrielle Produktion als Grundlage anstatt auf wirklich immaterielle Dienste zu setzen. Eine Welt ohne Wachstum scheint für unsere gesellschaftliche Konzeption vielleicht schwer vorstellbar, aber dennoch unumgänglich zu sein.



ien verpflichtet fühlen, hat einige Türen aufgestoßen, die ich ansonsten in meinem Studium wohl nicht mal zu Gesicht bekommen hätte.

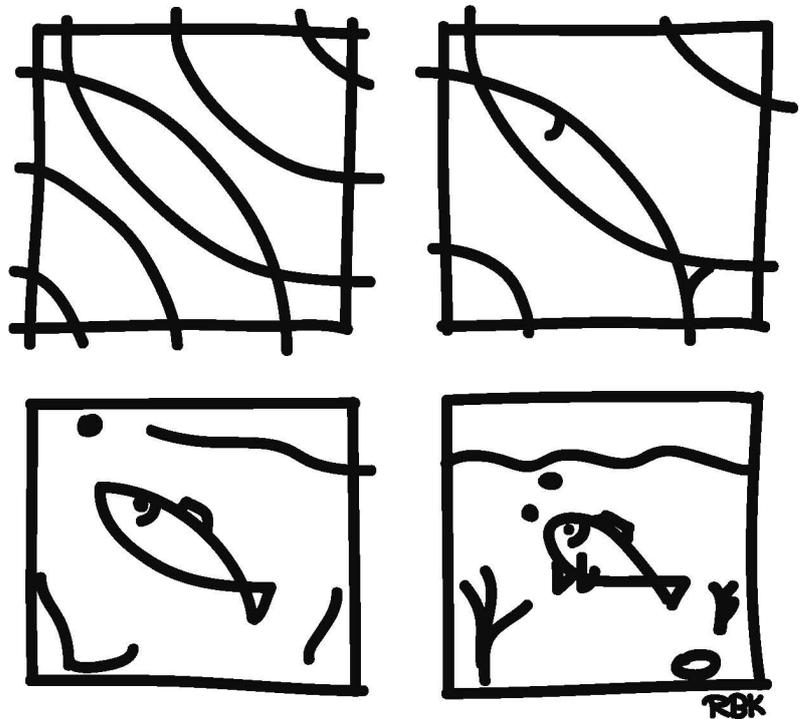
Zusammenfassend glaube ich, dass diese SoLv, wie auch andere, fruchtbare Ansätze hinterlässt, die ich bei der weiteren Planung meines Studiums berücksichtigen möchte. Betont sei, dass die SoLvs allen offen stehen, auch jenen, die nicht angemeldet sind und sich nur einzelne Vorträge an-

hören möchten. Ich glaube, dass noch lange interessante Themen für das Projekt SoLv zur Verfügung stehen.

Wer Vorschläge hat und bei der Gestaltung der nächsten Veranstaltung mitreden möchte, erreicht uns wohl am besten unter stvwvl@univie.ac.at.

Wie kann eine von feministischen Utopien getragene Wirtschaftsordnung aussehen? Dieser Frage ist Karin Schönplugg nachgegangen. Wie für alle Themen standen nur zwei Einheiten zur Verfügung um einen kurzen, einführenden Blick darauf zentrale Punkte zu werfen. Zentral im Vortrag Schönpluggs war u. a. die Überlegung, ob der Bereich der Caring Labour, der „Fürsorge-Arbeit“ überhaupt nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisierbar ist.

Spiegelt sich in der Neoklassik eigentlich ein liberales Weltbild wieder? Nein, meinte der deutsche Ökonom Gerhard Wegner. Mit mathematischer Genauigkeit Nutzen und Profit zu maximieren, kann das Marktgeschehen eigentlich nur sehr schlecht abbilden. Der Markt ist nicht nur dazu da um Knappheiten zu beheben, sondern v. a. auch um sie zu entdecken. Es erscheint daher wenig sinnvoll Ökonomie als isolierte Einzelwissenschaft zu betrachten – ökonomisches Handeln kann von allgemeinen gesellschaftstheoretischen Fragen nicht abgesondert betrachtet werden. Der Vortrag warf zudem die Frage auf, wie sich das Werk des liberalen Gesellschaftstheoretikers Hayek eigentlich mit der Neoklassik verträgt.



A FISH AND ?

Warum wählen?

Weil Unipolitik mehr als Service ist!

Am 24.-26. Mai finden wieder ÖH-Wahlen statt! Einerseits wählst Du die Studienvertretung (StrV) und andererseits die Universitätsvertretung (UV). Die Bundesvertretung (BV) der Studierenden, die der offizielle Verhandlungspartner für das Wissenschaftsministerium ist, wird leider nur noch indirekt gewählt (Du wählst die UV - die UVs aller österreichischen Unis beschicken die BV).

Somit stellen die StrVs und die

UV derzeit die einzige Mitgestaltungsmöglichkeit für Dich und andere Studierende auf Instituts-, Fakultäts- und Universitätsebene dar. Die UV regelt die gesamte Organisation der Interessensvertretung der Studierenden und setzt somit die Rahmenbedingungen für die StrVs fest. Gewisse Fraktionen (GRAS, KSV-LiLi; siehe Infobox) gewährleisten unserer Meinung nach Rahmenbedingen, in welchen es sich als Basisgruppe

gut arbeiten lässt.

Die StrV ist der offizielle Ansprechpartner für Dich und Deine Mitstudent_innen und ist an einer bestmöglichen Vertretung der Studierendeninteressen gegenüber dem Institut bemüht. Außerdem entsendet die StrV Student_innen in die verschiedenen Universitätsgremien.

Unsere StV ist eingebettet in die Basisgruppe VWL (siehe Titelseite!). Der RBK gibt durch seine basisdemokratische Ausrichtung allen interessierten Student_innen einen Raum Studienvertretungsaufgaben aktiv mitzugestalten. Die offiziell gewählten Studienrichtungsvertreter_innen geben ihre Kompetenzen im basisdemokratischen Plenum ab. Da sich somit alle Interessent_innen bei

UNIBUDGET KÜRZEN JETZT!

Die-NichtwählerInnen.at

FRAKTIONEN*

GRAS (Grüne und Alternative Student_innen): Unsere basisdemokratischen Freund_innen. Irgendwie Grün.

KSV - LiLi (Kommunistischer Student_innenverband - Linke Liste): So richtig links (so richtig gut). Nicht zu verwechseln mit dem KSV!

VsStÖ (Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs): Die engagierte Linke. Hierarchisch, pragmatisch, gut. SPÖ-nahe.

AG (Aktionsgemeinschaft): Für Jäger und (Ordens?)Sammler. ÖVP-nahe.

RFS (Ring Freiheitlicher Studenten): Bei Burschenschaftlern beliebt. FPÖ-nahe.

*ohne Anspruch auf Vollständigkeit

StrV-Aufgaben beteiligen können, erscheint es uns logisch, dass es so gut wie nie Konkurrenz mit anderen Fraktionen auf der StrV-Ebene gibt. Diese dynamische Arbeitsweise ermöglicht es uns, die vielfältigen Dimensionen des sich kontinuierlich verändernden Studienalltags zu erfassen, zu reflektieren und um- und/oder mitzugestalten.

Diese Arbeitsweise garantiert Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand, da trotz der Monopolstellung ein Effizienzmaximum erreicht wird.

Die offiziellen Kandidat_innen des RBK für die StrV VWL bei den diesjährigen ÖH Wahlen sind:

**Katarina Hollan,
Manuel Lackner,
Johannes Leutgeb,
Philipp Poyntner
und
Eva Nicola Rinner.**

Wenn Du Näheres über die Arbeit des RBK erfahren möchtest, komm zu unserem Plenum (mittwochs ab 19 Uhr), unserer Party (9. Juni) oder schau einfach in der Schildburg vorbei! Homepage: <http://www.univie.ac.at/strv-vwl/>

Stell dir vor, es sind Wahlen und wir alle gehen hin!

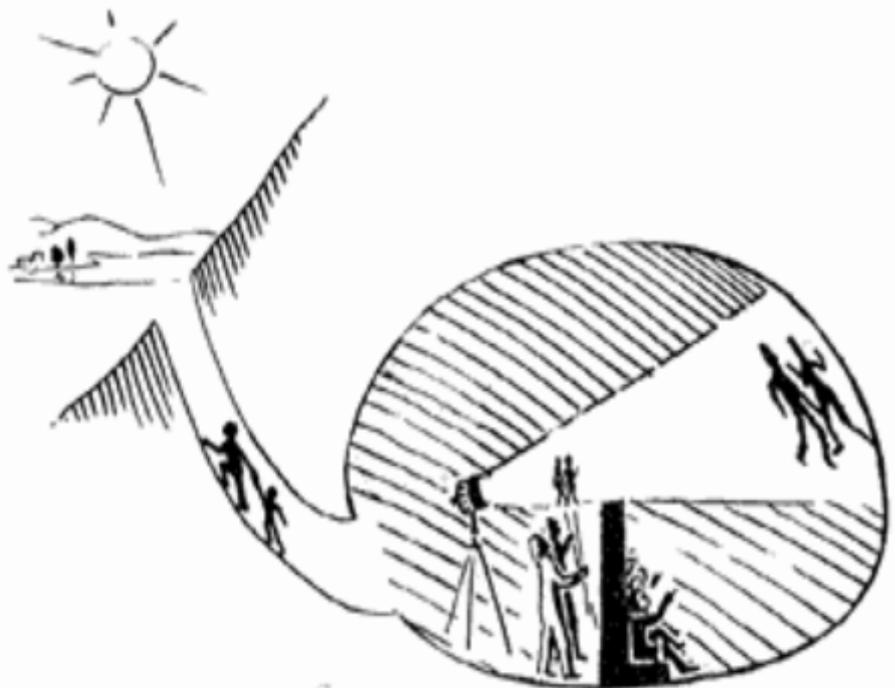
GREMIEN

Es gibt folgende Gremien:
Senat: Ist das höchste demokratische Gremium auf der Uni, in welches auch Studierende von der UV entsendet werden.
Curricular-Arbeitsgruppen: In diesen Arbeitsgruppen sitzen drei StudentInnen, drei Mittelbau und drei ProfessorInnen. Schafft und gestaltet Studienpläne.
Berufungskommission: In diesem Gremium werden Dreivorschläge für ordentliche Professuren herausgearbeitet, über die dann das Rektorat schlussendlich entscheidet.

Selbstverständnis des RBK

Wir, eine Basisgruppe, versuchen das Leben an unserem Institut, an der Uni und in der Gesellschaft als Ganzes aktiv mitzugestalten. Als RBK stehen wir dabei allen, die sich engagieren wollen, gleichermaßen offen. Wir versuchen damit, unsere Aktivitäten auf eine möglichst breite Basis der Betroffenen selbst zu stellen. Daher besteht für alle Studierenden die Möglichkeit gleichberechtigter Partizipation.

Dies bedeutet auch die Ablehnung jeder Art von hierarchischen Strukturen innerhalb der Gruppe. Wir verstehen die Basisgruppe auch als einen Freiraum, innerhalb dessen offene Diskussion und kritische Auseinandersetzung ohne Reproduktion der gesellschaftlichen Machtverhältnisse möglich sein soll. KeineR innerhalb der Gruppe soll von einer/m anderen in irgendeiner Form dominiert werden.



Der Ausdruck dieser Grundsätze sind die für alle offenen Plena. Auf diesen werden alle von den Anwesenden aufgeworfenen

Themen diskutiert. Das stellt sicher, dass eine Minderheit nicht von einer Mehrheit dominiert werden kann. Wir glauben, dass diese

Plena, trotz der Mühen, mit denen konsensuale Entscheidungsfindungen mitunter behaftet sind, der beste Weg sind, um Entscheidungen auf breitest möglicher Basis zu legitimieren.

Die Verhältnisse innerhalb einer Basisgruppe sind aber natürlich von der gesamtgesellschaftlichen Realität geprägt. Jeder Mensch ist in seinen Möglichkeiten, auch innerhalb einer Basisgruppe, immer an sein gesellschaftliches Umfeld gebunden. Dieses Gefangensein in den bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien drückt sich insbesondere in der unreflektierten Übernahme üblicher Denkmuster und Wertvorstellungen durch einen selbst aus.

Folglich kann die Form offener Plena, als zentrales Element der Basisdemokratie, allein die Existenz informeller und verdeckter

Hierarchien nicht verhindern. Die bestehende Gesellschaft lässt einen vollkommen hierarchiefreien Raum eben nicht zu. Wesentlich ist aber, dass es innerhalb der Basisgruppe möglich sein muss, interne Hierarchien und ihre Ursachen offen anzusprechen, zu hinterfragen und damit an deren Neutralisierung zu arbeiten. Die Ablehnung interner Hierarchien ist aus dieser Perspektive immer bereits Kritik an den bestehenden Machtstrukturen.

Die offene Form der Diskussion innerhalb einer Basisgruppe lässt natürlich ein weites Spektrum an Inhalten und politischen oder ideologischen Positionen zu. Insbesondere zeichnen wir uns durch Unabhängigkeit von politischen Parteien, parteilicher Programmatik u.Ä. aus. Eine Basisgruppe zu sein steht aber, gerade angesichts des in diesem Konzept im-

manenten politischen Pluralismus, der Beliebigkeit der Inhalte entgegen. Der Rote Börsenkrach gründet sich auf linke Ideale und Diskurse. Bei unseren Aktivitäten liegt daher ein besonderer Fokus auf solchen, mit denen wir hoffen, den öffentlichen Diskurs anzuregen. Dazu gehört die Herausgabe dieser Zeitung, die Organisation von Diskussionsveranstaltungen, das Anbieten einer selbstorganisierten Lehrveranstaltung, etc.

Außerdem versuchen wir, den Studierenden durch Beratung und Information zu studienrelevanten und organisatorischen Fragen das Leben zu erleichtern. Dazu gibt es regelmäßige Journaldienste in der Schildburg sowie Erstsemestrigentutorien.

Noch ein Wort zur Wahl: Wählt, und wählt links!

Das basisdemokratische Verständnis des RBK als Menge

In den Grundsätzen des RBK heißt es zur Basisdemokratie:

Der Rote Börsenkrach versteht sich als basisdemokratisch arbeitende Gruppe. Diese Gruppe ist offen für alle, die als Teil der Gruppe aktiv werden wollen und ihre Grundsätze mittragen. Die Strukturen zur Entscheidungsfindung spiegeln dieses Selbstverständnis wieder.

Eingebettet in den Roten Börsenkrach nimmt die Basisgruppe VWL die Aufgaben der Studienrichtungsververtretung VWL wahr. In dieser Funktion als Interessensvertretung ist sie ihrer Basis – allen

Studierenden der VWL – verpflichtet.

Für all die LeserInnen, die Probleme mit der Semantik haben, nun der obige Grundsatz formal und graphisch dargestellt:

Der Rote Börsenkrach versteht sich als basisdemokratisch arbeitende Gruppe. Diese Gruppe ist offen

Daraus folgt, dass die Menge RBK offen ist! Deshalb die gestrichelte Menge in der Abbildung auf der nächsten Seite.

[...]für alle, die als Teil der Gruppe aktiv werden wollen und ihre Grundsätze mittragen.

Daraus folgt, dass die Menge RBK beschränkt ist, und zwar auf all diejenigen, die aktiv werden wollen und die Grundsätze des RBK mittragen. Aus dem ersten Satz lässt sich somit schließen, dass der RBK eine offene und beschränkte Menge ist.

Die Strukturen zur Entscheidungsfindung spiegeln dieses Selbstverständnis wieder.

Dies mengentheoretisch sinnvoll zu erfassen ist dem Autor nicht gelungen. Der Autor verweist hier auf einschlägige Experten am Institut für Volkswirtschaftslehre, die sich gerne mit dem Problem beschäftigen dürfen.

Eingebettet in den Roten Börsenkrach nimmt die Basisgruppe VWL die Aufgaben der Studienrichtungsververtretung VWL wahr.

Daraus folgt: $RBK \Rightarrow \text{Bagru VWL}$
 $\Rightarrow \text{STV VWL}$ beziehungsweise
 $\text{STV VWL} \Rightarrow \text{Bagru VWL} \Rightarrow \text{RBK}$

In dieser Funktion als Interessensvertretung ist sie ihrer Basis – allen Studierenden der VWL – verpflichtet.

Dies interpretieren wir als $\text{STV VWL} \Rightarrow \text{Bagru VWL} \Rightarrow \text{Alle Studierende der VWL}$ beziehungsweise $\text{Alle Studierende der VWL} \Rightarrow \text{Bagru VWL} \Rightarrow \text{STV VWL}$.

Aus der obigen Interpretation lassen sich weitere Behauptungen beweisen:

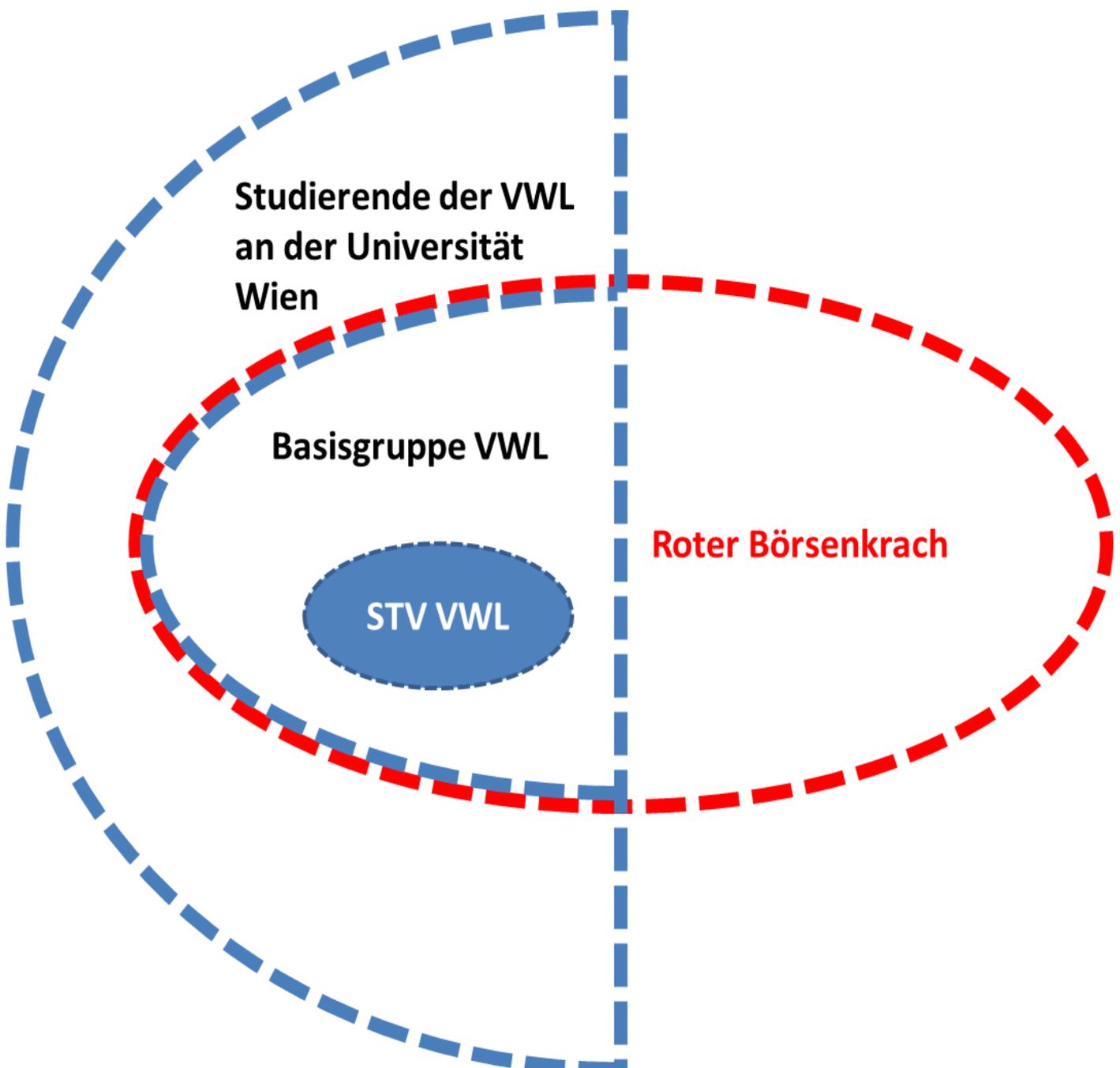
Behauptung: Bagru VWL ist eine offene Gruppe

Beweis: $\text{Bagru VWL} \Rightarrow \text{RBK} \Rightarrow \text{Bagru VWL} \Rightarrow \text{Alle Studierende der VWL} \Rightarrow \text{Alle Studierende der VWL} \cap \text{RBK} = \text{Bagru VWL}$

Das heißt:

$\text{RBK} \setminus \text{Bagru VWL} \Rightarrow$ alle RBK-Mitglieder, die nicht VWL an der Universität Wien studieren.

Wir wissen RBK ist eine offene Menge und die Vereinigung von offenen Mengen ist eine offene Menge. Daher schließen wir, dass die Menge Bagru VWL offen ist. Somit wäre bewiesen, dass die Bagru VWL eine offene Gruppe ist.



Grundsätze des RBK

Weitere Grundsätze sind erst im Entstehen und deshalb noch nicht vollständig. Es wird versucht, die Grundsätze in jedem der kommenden Plena um weitere Punkte zu erweitern. Wir freuen uns natürlich über Kommentare und laden jeden herzlich ein, sich an deren Ausarbeitung zu beteiligen.

Basisdemokratie

Der Rote Börsenkrach versteht sich als basisdemokratisch arbeitende Gruppe. Diese Gruppe ist offen für Alle die als Teil der Gruppe aktiv werden wollen und ihre Grundsätze mittragen. Die Strukturen zur Entscheidungsfindung spiegeln dieses Selbstverständnis wieder.

Eingebettet in den Roten Börsenkrach nimmt die Basisgruppe VWL die Aufgaben der Studienrichtungsververtretung VWL wahr. In dieser Funktion als Interessensvertretung ist sie ihrer Basis – allen Studierenden der VWL – verpflichtet.

Beschlussfassung

Der RBK beschließt im Plenum. Wir führen einen basisdemokratischen Diskurs, an dessen Ende eine Entscheidung im Konsens gefällt wird. Wir fällen unsere Beschlüsse explizit und halten diese in einem Protokoll fest. Beschlüsse werden am nächsten Plenum wiederum im Konsens bestätigt und erlangen erst dadurch Gültigkeit. Beschlüsse können nur im Konsens aufgehoben werden.

Antidiskriminierung

Wir lehnen jegliche Form von Diskriminierung ab. Damit meinen wir die Benachteiligung oder Abwertung von Menschen auf Grund von vermeintlichen, gesellschaftlich erzeugten Merkmalen und Eigenschaften. Als Beispiel seien hier die Unterscheidung nach Geschlecht, sexueller Orientierung, physischen Gegebenheiten und Herkunft genannt.

Auf Diskriminierung reagieren wir in unserer Gruppe aktiv. Sich nach eigenem Ermessen einbringen zu können soll in unserer Gruppe

für alle möglich sein. Besonders Menschen die in unserer Gesellschaftsstruktur benachteiligt werden sollen ein motivierendes Umfeld vorfinden. Um bestehende Diskriminierungen abzubauen sehen wir positive Diskriminierung als einen notwendigen Weg. Angesichts der bestehenden Unstrukturen die insbesondere Frauen diskriminieren, werden bei der Vergabe von Aufgaben Frauen bei gleichem Interesse bevorzugt. Rollenbilder regelmäßig zu reflektieren und zu diskutieren soll uns helfen diese in unserer Gruppe abzubauen.



Politischer Aktivismus auf der Abschlusssliste des Verfassungsschutzes

Über Gedankenstrafrecht und Phantasiestraftaten

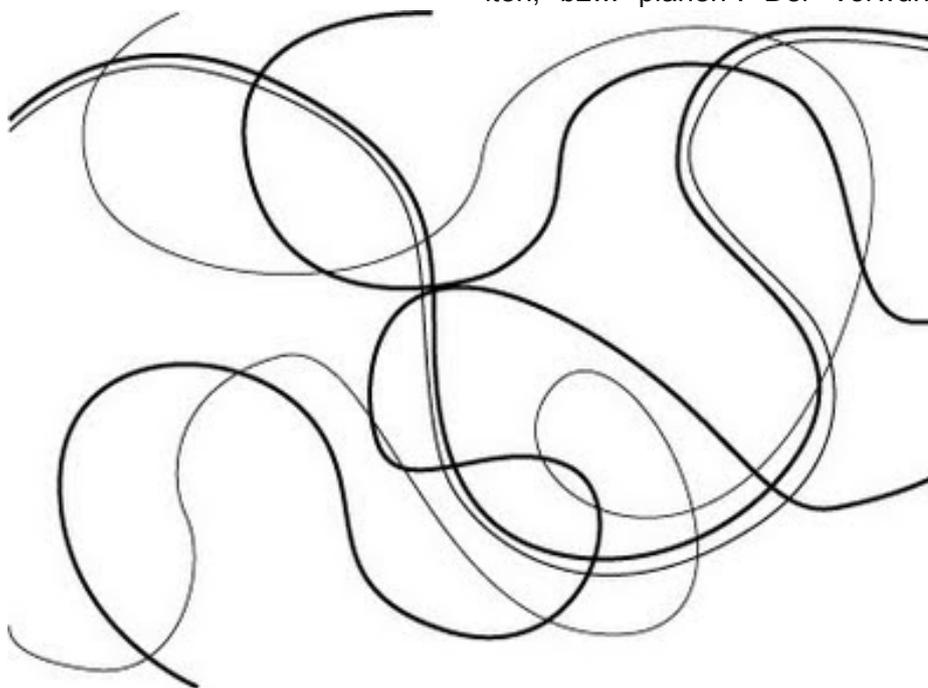
Am Landesgericht Wiener Neustadt findet derzeit ein bekanntes Strafverfahren wegen § 278a StGB gegen 13 TierrechtlerInnen statt, der Vorwurf lautet: „Bildung und Beteiligung an einer kriminellen Organisation“. Elf der dreizehn angeklagten TierrechtsaktivistInnen waren 103 Tage in Untersuchungshaft, in über 30 Wohnungen gab es Hausdurchsuchungen und über Monate hinweg wurden die Angeklagten von der Polizei überwacht - mithilfe von Spitzeln, großem Lauschangriff, Peilsendern am Auto, Telefonüberwachungen. Im Zuge des Prozesses löste sich angeblich Belastendes in Luft auf. Ist dieser skurrile Prozess eine Ausnahme oder beispielhaft für den Umgang der österreichischen Staatsgewalt mit politischem Aktivismus?

Das aktuelle Ermittlungsverfahren wegen § 277 (Verbrecherisches Komplott) und § 278b (Terroristische Vereinigung) StGB gegen #unibrennt-AktivistInnen ist ein Hinweis, dass diese Ermittlungsmaßnahmen System haben. Anlass für die Ermittlungen war eine Party auf der Akademie nach der Befreiungsdemo am 8. Mai 2010, bei der in den frühen Morgenstunden zwei Mistkübeln durch Unbekannte in Brand gesetzt wurden. Eine bloße Sachbeschädigung führte bei den österreichischen VerfassungsschützerInnen zu dem Verdacht, dass Studierende terroristische Straftaten begehen könnten. Im Anlassbericht des Verfassungsschutzes vermutet dieser: „Anschläge gegen internationale Organisationen, bzw. Vertretungsbehörden vorbereiten, bzw. planen“. Der Vorwurf

von §§ 278a und 278b StGB ermöglicht den Ermittlungsbehörden massive Eingriffe in staatlich geschützte Grundrechte, nämlich Telefonüberwachung, Observation, Hausdurchsuchung, verdeckte Ermittlung (Spitzel), großer Lauschangriff usw. Wie im Verfahren gegen die TierrechtlerInnen wurden diese Maßnahmen eingesetzt und gipfelten bis jetzt für vier Studierende in Untersuchungshaft von 4 bis 7 Wochen. Ob es nun tatsächlich zu einer Anklage und somit zu einem gerichtlichen Strafverfahren gegen die Studierenden kommt, ist bislang unklar.

Die Ermittlungen in diesem Fall führt das Landesamt für Verfassungsschutz- und Terrorismusbekämpfung (LVT) Wien, deren jetziger Leiter Hofrat Mag. Erich Zwettler auch Chef der „Soko Bekleidung“ war und somit auch die Ermittlungen im Tierschutzprozess führte. Interessantes Detail am Rande: Bei den letzten Personalvertretungswahlen des LVT Wien erzielte die AUF, Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher, 40.43 %, was ein herausragend starkes Ergebnis für eine freiheitliche Gewerkschaft ist – der Chef Hofrat Mag. Erich Zwettler ist aber bekennender Sozialdemokrat.

Im Rahmen eines Uni-Projektes haben die vier #unibrennt-AktivistInnen eine Abschiebung gefilmt. Daraus konstruieren die ErmittlerInnen des LVT, dass „die Beschuldigten offensichtlich Verhinderungen von Abschiebungen, möglicherweise aber auch Häftlingsbefreiungen planen.“ Und weiter: „Als Motiv für die offensichtlich geplanten Aktionen könnte die Erzwingung einer Gesetzesänderung, aber auch eine Änderung der Asylpolitik in Österreich sein.“ Die §§ 277 und 278



ff StGB, die auch allgemeiner als Organisations- bzw. Vereinigungsstrafrecht bezeichnet werden, dienen dabei dem Verfassungsschutz als willkommene Instrumente, um politischen Aktivismus zu kriminalisieren und

Handlungen – wie beispielsweise Unterschriften sammeln, auf eine Demo gehen, rechtliche oder technische Beratung – können als Beteiligung an einer Organisation gewertet werden. Die verdächtige Organisation muss keine Straftat-



zu überwachen. Dabei ist es gar nicht von Nöten eine Verurteilung vor einem Strafgericht zu erreichen, sind doch Überwachungen, Hausdurchsuchungen, U-Haft und langwierige teure Strafprozesse, auf deren Kosten die Angeklagten auch bei Freisprüchen sitzen bleiben, Repression genug für die Betroffenen.

Die Paragraphen sind schon an sich problematisch, da sie Handlungen unter Strafe stellen, bevor sie überhaupt durchgeführt wurden, und aufgrund ihrer Unbestimmtheit den Ermittlungsbehörden einen sehr weiten Spielraum einräumen. Im Unterschied zu anderen Delikten kriminalisieren derartige Vorfelddelikte schon die bloße Vorbereitung. Nicht die Begehung einer konkreten Tat ist strafbar, sondern schon die Beteiligung an einer Gruppe oder Organisation. So genannte sozial adäquate

en begangen haben, sondern lediglich auf die Begehung von Straftaten ausgerichtet sein. Die aktuellen Strafverfahren zeigen, dass der Verfassungsschutz derartige vermutete Ausrichtungen von Organisationen auf wagen Indizien und oft Phantasiekonstruktionen aufbaut. Politischem Aktivismus, der immer die Veränderung von bestehenden Zuständen als Ziel hat, kann so einfach unterstellt werden, dass gesellschaftliche Veränderungen gewaltsam herbeigeführt werden sollen um diesen kriminell zu machen. Nicht mehr die Tat, sondern die Gesinnung wird bestraft – aus Strafrecht wird Gedankenstrafrecht.

Massive Änderungen des strafrechtlichen Vorverfahrens durch die Novellierung der Strafprozessordnung im Jahr 2008 begünstigen diese Entwicklung. Bis 2008 hat nämlich einE unabhän-

gigeR UntersuchungsrichterIn das Ermittlungsverfahren richtungweisend geführt. Durch die Änderung ist diese richterliche Kontrolle und Verfahrensführung massiv reduziert worden. Leiterin des Ermittlungsverfahrens ist nun die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft - richterliche Kontrolle gibt es nur mehr punktuell bei gewissen Grundrechtseingriffen. Dass die Justizministerin der Staatsanwaltschaft obendrein noch Weisungen erteilen kann, öffnet politischer Einflussnahme Tür und Tor – die Einrichtung einer unabhängigen Generalstaatsanwaltschaft scheint längst überfällig.

Diese beiden Extremfälle von staatlicher Repression zeichnen ein verheerendes Bild des Rechtsstaates in Österreich. Die Paranoia und Angst vor Kriminalisierung, die in der linken Szene umgeht, ist symptomatisch für ein Rechtssystem und ein staatliches Demokratieverständnis, das krank ist. Wenn politischer Aktivismus auf der Abschlusliste des Verfas-



sungsschutzes steht, nicht mehr klar abgesteckt ist, was legal ist und was nicht, kann es keine Rechtssicherheit mehr geben und Polizeiwilkkür und Verunsicherung machen sich breit.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass sich Österreichs Asylpolitik radikal ändern muss!

RBK im Dialog



Beginnend mit dieser Ausgabe wollen wir die Zeitung um einen Interviewteil bereichern: Dieser soll eine Aufforderung für Partizipation am politischen Diskurs sein – An Studierende, InstitutsmitarbeiterInnen und Interessierte gerichtet. Im Zuge dessen sollen auch Reaktionen auf Interviewinhalte Platz gegeben werden. Die Interviews werden rechtzeitig vor Erscheinen der Zeitung am Blog (<http://www.univie.ac.at/strv-vwl/category/blog/>) verfügbar sein, um Reaktionen wie blumige Schmetterlinge einzufangen.

Den Start dieses glorreichen und wagemutigen Vorhabens, geführt unter der weisen Ägide des RBK, soll ein Interview mit Prof. Merz, deren Berufung als Professorin als historischer Meilenstein am VWL-Institut zu werten ist, markieren. Wir hoffen, das sei an dieser Stelle bemerkt, dass mit dieser Berufung das Eis gebrochen ist, und viele weitere Professorinnen folgen werden. Selbstverständlich fühlten sich VWL-Studierende (besonders einer, und dieser extensiv) verpflichtet, auf das Interview zu reagieren. Das Ergebnis lest ihr im Folgenden.

Quo vadis, EU?

Unter uns VolkswirtschaftsstudentInnen dürfte der Begriff Krise in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen haben. Möglicherweise war ich nicht der Einzige, der das VWL-Studium unter anderem durch die Inspiration Finanzkrise begonnen hat.

Spätestens seit Griechenlands Zahlenspiele aufflogen und über den Untergang des Euros spekuliert wurde, dürfte uns auch der Begriff Schuldenkrise geläufig sein.

ÖkonomInnen und PolitikerInnen beweisen derzeit sehr viel Phantasie, wenn es um die Zukunft des Euros geht: Es wurden Rettungspakete geschnürt, Regulierungen sowie Sanktionen gefordert, SpekulantInnen verantwortlich gemacht, Insolvenzmechanismen bzw. eine gemeinsame Wirtschaftspolitik als unabdingbar beachtet. Während die einen den Zerfall des Euros und der Eurozone prognostizieren, warnen andere vor einer Transferunion. Gleichzeitig bezeichnen andere wiederum die Rettungspakete als einen historischen Schritt.

In den Medien wird größtenteils über den Rettungsschirm berichtet. Die Argumente dafür klingen plausibel: Nur durch einen permanenten Krisenmechanismus sowie eine koordinierte Wirtschaftsregierung, kann die Währungsunion den Attacken der Spekulanten widerstehen und hat somit eine Zukunft. Alternativen und andere Lösungsvorschläge werden meist ausgeblendet und sind Tabuthemen. Durch Gespräche mit Prof. Monika Merz welche seit dem Wintersemester 2010/11 am Volkswirtschaftsinstitut der Universität Wien lehrt und als Präsidentin

des „Plenum der Ökonomen“ eine ganz andere Position vertritt und Prof. Kunibert Raffer, Universität Wien, welcher schon lange zu dem Thema Staatsinsolvenz forscht, bekam ich Einblick in eine andere Ansicht. An dieser Stelle möchte ich vorwegnehmen, dass auch diese Sichtweise plausibel klingt.

Wie im folgenden Interview nachzulesen, diskutiert die Präsidentin des „Plenum der Ökonomen“ ihre Ansicht über die Sinnhaftigkeit des dauerhaften Rettungsschirms. Länder, welche die Konvergenzkriterien nicht eingehalten haben, sollten bestraft, sanktioniert und im extremsten Fall sogar vorübergehend aus der Euro-Zone ausgeschlossen werden! Das Plenum plädiert darum für eine geordnete Staatsinsolvenz mit Einbezug privater Gläubiger unter Aufsicht des IWF. Trotz rezessiver Folgen für die betroffenen Staaten sei dies der einzige Ausweg. Die Regierungen ihrerseits verlassen sich zu sehr auf reales Wachstum. Dessen ungeachtet ist eine strikte Sparpolitik unumgänglich, weshalb auch Sozialmaßnahmen gekürzt werden müssen.

Auch Prof. Raffer sprach sich im Gespräch klar gegen die beschlossenen Maßnahmen aus. Er fordert eine Staatsinsolvenz in Anlehnung an Kapitel 9 der amerikanischen Insolvenzordnung für Kommunen. Für ihn sind die Hilfskredite der EU an Griechenland ein verschleierte Bail-out. Auch eine Wirtschaftsregierung sei nicht sinnvoll, da dies eine neoliberale Umverteilungspolitik und Demokratieabbau bedeuten würde.

Außerdem kritisierte er massiv die Bankenrettungen, allem voran die

in Irland, da die Irländische Regierung nie für die Übernahme aller Schulden garantieren hätten dürfen.

Die Aufregung über die Diskussionen bezüglich Umschuldung und Haircuts kann Prof. Raffer mit Verweis auf das Londoner Abkommen nicht verstehen. Er hält auch die „collective action clauses“ für überaus sinnvoll, aber nicht für ausreichend. Diese Mehrheitsklauseln bei Anleihen, von Kanada und Großbritannien wieder neu belebt, sind schon seit längerer Zeit Bestandteil der meisten Schuldenverträge.

“Meiner Meinung nach ist die aktuelle Krise vorrangig eine Finanzkrise und in Verbindung damit eine Schuldenkrise.”

RBK: Finanzkrise, Bankenkrise, Vertrauenskrise, Schuldenkrise, Staatenkrise, Währungskrise, Euro-Krise. Welcher Ausdruck würde die derzeitige Situation am treffendsten beschreiben?

Merz: Meiner Meinung nach ist die aktuelle Krise vorrangig eine Finanzkrise und in Verbindung damit eine Schuldenkrise. Dies sind die treffendsten Schlagworte, welche die aktuelle Situation beschreiben können.

Alles andere sind derivative Bezeichnungen. Natürlich riskiert eine Regierung einen Vertrauensverlust, wenn sie sich übermäßig verschuldet, ihre eigene Politik und Währung starken Schwankungen unterliegen und deshalb den finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

RBK: Sie sind Präsidentin des „Plenum der Ökonomen“. Können Sie bitte kurz erklären, um was es sich bei diesem Plenum handelt?

Merz: Das Plenum ist ein Zusam-

menschluss deutschsprachiger Ökonomen, die entweder in Deutschland oder im Ausland arbeiten. Momentan beschränkt sich das Plenum auf Professoren, wobei wir jetzt gerade darüber nachdenken, auch Nichtakademiker aufzunehmen. Aufgrund der großen Resonanz, welche wir vor allem aus der Finanzbranche bekommen haben, denken wir, dass eine Beteiligung von Experten aus der Finanzwirtschaft die Diskussion beflügeln kann.

Wir debattieren online und informell über wirtschaftspolitische Fragestellungen von nationaler und internationaler Bedeutung. Die erste Fragestellung bezog sich auf die aktuelle Schuldenkrise im Euroraum. Ziel des Plenums ist es jedoch nicht, zu jeder Politikänderung Stellung zu nehmen. Wir begrüßen es, dass unsere Stellungnahme in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert wird. Wir wollen die Öffentlichkeit informieren, aber auch den Politikern sagen, was wir als Experten von bestimmten Maßnahmen halten.

RBK: *Als Kritik am Forum greife ich den Artikel von Paul de Grauwe¹ auf. Dieser kritisiert, dass in Ihren Thesen angenommen wird, dass die Finanzmärkte perfekt sind und der Markt zwischen Schulden- und Liquiditätsproblemen unterscheiden kann. Hat diese neoklassische Sichtweise nicht ausgedient?*

Merz: Die Thesen, welche formuliert wurden, sind nicht alleine aus einer neoklassischen Sichtweise konzipiert. Alles, was wir sagen, basiert auf ökonomischen Theorien.

Wir haben schon Vertrauen in das Funktionieren der Märkte. Das heißt nicht, dass wir blind sind vor Spekulationsattacken oder anderen Angriffen. Wir sehen nicht,

warum dies falsch sein sollte.

Die Frage, die hier gestellt werden muss, lautet: „Verstehen Regierungen oder Marktteilnehmer mehr davon, was gerade abläuft?“ Bei dieser Frage sind wir klar der Meinung, dass Marktteilnehmer mindestens so gut wie Regierungen verstehen, was konkret abläuft. Dies ist nicht notwendigerweise eine neoklassische Sichtweise.

“Wir haben schon Vertrauen in das Funktionieren der Märkte. Das heißt nicht, dass wir blind sind vor Spekulationsattacken oder anderen Angriffen.”

RBK: *Jedoch spiegeln die Finanzmärkte nicht alle Probleme wieder. Vor der Krise wurde das Risiko einer Solvenzkrise unterschätzt, jetzt jedoch überschätzt.*

Merz: De Grauwe sagt, dass viele Ökonomen die Krise nicht vorhergesehen haben. Dies ist so nicht richtig. Die Krise wurde prognostiziert, beispielsweise von Nouriel Roubini. Er hat sehr lange davor gewarnt, dass die Situation instabil ist und nicht dauerhaft sein kann. Außerdem sprach er über die spekulative Blase, welche in Europa und den USA aufgebaut wurde, und dass diese irgendwann platzen würde. Natürlich konnte er nicht den Umfang sowie den Zeitpunkt der Krise voraussagen. Diese Kritik scheint mir nicht besonders griffig, da Herr de Grauwe selbst die Krise nicht vorausgesagt hat.

RBK: *Über das wichtigste Argument des Plenums wird derzeit heftig diskutiert. Laut ersten Berechnungen übersteigt das Volumen des Rettungsschirms den*

Refinanzierungsbedarf von Irland, Portugal und Spanien nur zu 12%. In den Thesen des Plenums wird jedoch von 80%iger Überdeckung gesprochen, da lediglich die Kapitalmarktschulden und nicht der gesamte Finanzierungsbedarf der Länder berücksichtigt wurde. Wieso ist diese Berechnung zulässig?

Merz: Es ist mir ein Anliegen, dass die erste Stellungnahme des Plenums nicht nur auf die Aussage reduziert wird, dass der aktuelle Rettungsschirm zu 80% unausgelastet wäre. Über die Zahlen ließe sich trefflich streiten.

Darum ging es dem Plenum nicht, sondern darum, dass aufgrund der angestellten Berechnungen der Rettungsschirm in seiner aktuellen Größe ausreicht. Wir betonen auch, dass mit einer dauerhaften Ausweitung des Rettungsschirms für die am Euro beteiligten Regierungen falsche Weichen gestellt werden, sodass die sehr hohe Verschuldung nicht eingedämmt wird.

RBK: *Ein weiterer Kritikpunkt des Plenums sind die Risiken von „moral hazard“. Durch den Rettungsschirm müssen die Staaten zwar nicht marktconforme Zinsen bezahlen, jedoch wird den Ländern ein Zinsaufschlag berechnet sowie eine strikte Austeritätspolitik aufgezwungen. Wird dieses Risiko von „moral hazard“ dadurch nicht wieder entkräftet?*

Merz: Nein, überhaupt nicht. Wir äußern uns in der Stellungnahme sehr ausführlich über falsche Anreize. Bei der dauerhaften Einführung eines Rettungsschirmes handelt es sich um ein politökonomisches Problem. Staaten, welche verbilligte Kredite in Form des Rettungsschirms in Anspruch nehmen, müssen gewisse Auflagen erfüllen. Dies beinhaltet allem voran, dass sie Sparzwängen unter-

liegen und Reformen durchführen müssen. Wie jedoch die aktuellen Beispiele Griechenlands und Irlands zeigen, wird fast sofort nach Hilfe durch den Rettungsschirm von Regierungsvertreter versucht, diese Auflagen und Konditionen wieder aufzuweichen.

Natürlich versuchen sie den Umfang der Schulden zu reduzieren. Die Kreditnehmer werden einen Anreiz haben, nach Erhalt des Geldes die Kreditkonditionen neu zu verhandeln. Genau das ist jetzt geschehen.

“Es ist natürlich auch klar, dass die Möglichkeit einer Staatsinsolvenz bei keiner Regierung populär ist. Dies heißt aber nicht, dass es aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll ist, darüber nachzudenken.”

RBK: *Den Thesen kann man entnehmen, dass der wichtigste Schritt für das Plenum ein neues Insolvenzverfahren für europäische Staaten ist. Finden Sie, dass zuerst über eine Insolvenz anstatt über Hilfen entschieden werden müsste? Wie könnte solch ein Insolvenzverfahren aussehen?*

Merz: Wir haben viel Kritik erhalten, da wir das Wort „Staatsinsolvenz“ in den Mund genommen haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass es historisch gesehen nicht unüblich ist, dass ein Land Staatsinsolvenz anmeldet. Es ist ein sauberer Schnitt, ein Neuanfang wäre möglich.

Ich kann nicht sehen, wieso für Griechenland, Irland und Portugal eine Staatsinsolvenz nicht möglich sein kann. Die Argumente dagegen überzeugen mich nicht. Es ist natürlich auch klar, dass die

Möglichkeit einer Staatsinsolvenz bei keiner Regierung populär ist. Dies heißt aber nicht, dass es aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll ist, darüber nachzudenken.

Möglicherweise eine extreme Sichtweise, aber aus den gleichen Überlegungen halte ich es auch für vertretbar, dass die betroffenen Staaten vorübergehend vom Euro ausgeschlossen werden. Dies würde für Griechenland vielleicht die Wiedereinführung der Drachme bedeuten. Die Drachme könnte gegenüber dem Euro abwerten und der Wert der eigenen Währung würde die ökonomischen Gegebenheiten in diesem Land widerspiegeln, da der feste Wechselkurs des Euro für Griechenland eine Überbewertung ist. Es ist bekannt, dass eine Abwertung der eigenen Währung die wirtschaftlichen Aktivitäten im eigenen Land stimulieren wird.

Objektiv betrachtet hat Griechenland zu keinem Zeitpunkt die Auflagen für die Euro-Einführung erfüllt. Dies ist sehr relevant, jedoch wird heute nicht mehr darüber gesprochen. Wie konnte es dazu kommen, dass die Griechen ihre Bilanzen gefälscht haben und trotzdem aufgenommen wurden? Einige müssen da die Augen zugedrückt haben.

Wir Ökonomen äußern uns aufgrund unserer einschlägigen Expertise primär zu den wirtschaftlichen Aspekten, aber auch polit-ökonomischen Implikationen. Jedoch führen wir das Thema einer Staatsinsolvenz nicht weiter aus, da die Frage des Wie nicht zuerst von Ökonomen beantwortet werden sollte. Da sind andere gefragt.

RBK: *Das Plenum spricht sich auch klar gegen die Einführung von Eurobonds aus. Ist dies trotzdem keine Alternative beziehungsweise wäre dies der Anfang einer gefürchteten Transferunion?*

Merz: Eigentlich hat es Eurobonds von der ersten Minute an gegeben. Ein Eurobond ist nichts anderes als ein Bond, der im Euro denominiert ist.

Worüber jetzt jedoch nachgedacht wird, sind Bonds, die jedes beliebige Land der Währungsunion ausgeben kann, für das aber eine gesamtschuldnerische Haftung bestehen sollte.

Ein Beispiel: Wenn sich Portugal neu verschulden möchte, können sie neue Bonds unter dem Namen des gesamten Eurolandes ausgeben. Aber wer würde nachher für die Einlösung des Bonds einstehen? Das heißt gesamtschuldnerische Haftung und dies wäre ein weiterer Schritt in Richtung Transferunion. Somit könnte sich ein Land auf Kosten eines anderen Landes verschulden.

RBK: *Wurde der Euro von Anfang an falsch konzipiert?*

Merz: Nein, das glaube ich nicht. Ein riesiges Problem ist die Tatsache, dass die Regeln zur Einführung des Euro im Nachhinein aufgeweicht wurden. Die am Euro beteiligten Länder haben sich nicht an die Spielregeln gehalten. Man schloss die Augen vor diesen Problemen und winkte Defizitsünder im Wesentlichen einfach durch, obwohl sie natürlich hätten bestraft werden müssen. Das ist das Ergebnis eines schleichenden Prozesses.

RBK: *Wie könnte das zukünftige Europäische System ausschauen? Sind die „Vereinigten Staaten von Europa“ mit einer Wirtschaftsregierung und Fiskalunion das Ziel? Die Krise hat uns gezeigt, dass das derzeitige System einer zentralen Geldpolitik mit dezentralen (nationaler) Finanzpolitik nicht funktioniert.*

Merz: Das ist das, was Herr de Grauwe formuliert. Er möchte uns

RAFFER-VORSCHLAG

Das amerikanische Kapitel 9 der Insolvenzverordnung, welches für Kommunen gilt, sollte geringfügig adaptiert werden, damit es auf Staaten angewendet werden kann. Dies müsste wie folgt aussehen:

Die Initiative einer Ausgleichseröffnung muss vom Schuldner kommen, wenn dieser merkt, dass er die Schulden nicht mehr bedienen kann. Es besteht natürlich ein öffentliches Interesse an dem Weiterbestehen des Schuldners. Somit würde der Schuldnerschutz in Kraft treten, weshalb mit dem Zwangsausgleich

keine Liquidation einhergeht. Da die öffentlichen Schuldner auch weiterhin Geld vom Kapitalmarkt brauchen, wird ein sogenannter Zahlungsplan vorgelegt.

Dieser Plan ist der Lösungsvorschlag. Er beinhaltet den vorgeschlagenen Forderungsverzicht der Gläubiger und die Modalitäten der Zahlung des verbleibenden Restbetrags. Die Bevölkerung hat das Recht vor Gericht angehört zu werden, was auch durch Repräsentation, zB durch Gewerkschaften, wahrgenommen werden kann und kann somit zu den Vorschlägen Stellung nehmen.

Änderungen von Kapitel 9: Das gesamte Verfahren muss vor einem Schiedsgericht entschieden werden, um einer möglichen Befangenheit der Gerichte entgegenzuwirken. Dabei nominieren beide Parteien je zwei Personen, die eine weitere Person wählen.

Das Geld für den Schuldnerschutz sollte nicht direkt aus dem Budget genommen werden, weshalb dafür zweckgebundene Fonds eingesetzt werden, welche die sozialstaatlichen Aufgaben übernehmen. Diese Fonds haben einen „Aufsichtsrat“, jedoch dürfen diesem keine EntscheidungssträgerInnen des Staates angehören.

weismachen, dass eine monetäre Union nur mit einer Fiskalunion funktionieren kann. Diese Notwendigkeit sehen ich und andere Kollegen nicht.

Gehen wir doch mal einen Schritt zurück. Was waren denn die Voraussetzungen eines Landes für den Beitritt zur Währungsunion? Es wurde lange vor der Einführung über Konvergenzkriterien gesprochen, da wir als Ökonomen wissen, dass für einen optimalen Währungsraum gewisse Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Dazu gehört auch eine strukturelle Konvergenz in puncto Haushaltsdefizit und Schuldenquote. Darauf wurde Wert gelegt und diese Kriterien wurden bei der Aufnahme eines Bewerberlandes berücksichtigt.

Seit der Einführung des Euros haben sich die Euroländer sehr unterschiedlich entwickelt. An der Entwicklung der Schuldenquote kann man wunderbar sehen, wie die Staatsverschuldungen bis zum Zeitpunkt der Euro-Einführung konvergierten. Sobald dieser Stichtag vorbei war, divergieren die Schuldenquoten wieder. An-

gesichts dieser Tatsache frage ich mich ernsthaft, ob das eine oder andere Land, das den Euro eingeführt hat, vielleicht nie die Absicht hatte, sich an die Spielregeln zu halten, sondern anderes im Schilde führte.

Manchmal wünschte ich, wir könnten die Zeit zurückdrehen und sicherstellen, dass diese Spielregeln, die anfänglich vereinbart wurden und auf die Stabilität der Währung abzielen, eingehalten werden.

Da dies jetzt nicht mehr möglich ist, verweise ich wieder auf unsere vorgeschlagenen Alternativen einer Staatsinsolvenz. Das Nächste wäre auch darüber nachzudenken, das ein oder andere Land vom Euro abzukoppeln.

RBK: *Die europäischen Staaten schwenkten nach Konjunkturpakten in der Krise auf eine strikte Austeritätspolitik um. Halten Sie dies für sinnvoll oder könnte dies die Konjunktur „abwürgen“ und eine neuerliche Rezession zur Folge haben?*

Merz: Ich halte es für sehr sinnvoll, jedoch muss überlegt wer-

den, wo genau gespart wird. Es darf nicht bei Investitionen und Bildung gespart werden. Das soll aber nicht heißen, dass die aktuellen Bildungsstrukturen und -ausgaben nicht auch einmal auf den Prüfstand gehören. Auch Deutschland erfüllt die Defizitkriterien schon seit einiger Zeit nicht mehr. Natürlich muss auch die deutsche Regierung sparen und vor allem Ausgaben kürzen. Es ist nicht zu übersehen, dass schon seit einiger Zeit ca. 40% des Bundeshaushaltes in Deutschland für Sozialausgaben aufgewendet wird. Dies sind typischerweise keine produktiven Ausgaben, sondern Transferleistungen. Dies muss überdacht werden. Entsprechende Weichen hat die aktuelle Regierung schon gestellt. Aber natürlich verursacht das politischen Widerstand.

RBK: *Starke Länder wie Deutschland konnten dank Kapital- und Warenimport der Peripherieländer einen hohen Handelsbilanzüberschuss erreichen. In den Medien wurde auch die zurückhaltende Politik Deutschlands bei Lohnabschlüssen gerügt. Die Lohnstück-*

kosten stiegen in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Europäischen Staaten kaum. Ist diese Kritik gerechtfertigt? Wie können diese Ungleichgewichte beseitigt werden?

Merz: Diese Ungleichgewichte können nur durch strukturelle Maßnahmen beseitigt werden. Regierungen haben selbst dafür Sorge zu tragen, dass auch ihr Haushalt in Ordnung kommt und die Defizit- und Schuldenkriterien erfüllt werden. Dies impliziert Anpassungsmaßnahmen, die hart ausfallen können. Nicht umsonst sehen wir Demonstrationen in Griechenland. Dort haben Korruption und Staatswirtschaft dazu beigetragen, dass die Wirtschaft niederliegt. Wer anders als die Griechen könnte diese Probleme lösen? Bürger anderer Mitgliedsländer haben insgesamt sehr wenig Verständnis, für das geradezustehen, was die Politik in Griechenland vermasselt hat.

“Natürlich verstehe ich, dass die Bankenvertreter die Ausweitung des Rettungsschirms begrüßen - sie profitieren ja schließlich direkt davon.“

RBK: *Sind die derzeitigen Rettungsschirme eigentlich nicht auch in erster Linie Hilfe für Banken? Wäre ein weiteres Bankenpaket politisch und ökonomisch vielleicht nicht billiger und leichter zu rechtfertigen?*

Merz: Es gibt viele Interessensvertretungen, welche immer für ihr Geschäft reden. Natürlich verstehe ich, dass die Bankenvertreter die Ausweitung des Rettungsschirms begrüßen - sie profitieren ja schließlich direkt davon. Wenn verschiedene Regierungen nicht billig an Geld kämen, müssten einige Banken mehr Abschreibun-

gen tätigen, was ihr Geschäft schmälern würde. Wir dürfen nicht wirtschaftlichen Sachverstand mit Interessenpolitik vermischen!

Im Plenum plädieren wir dafür, die Schuldner auch zur Verantwortung zu ziehen. Dies ist jedoch politisch nicht immer erwünscht.

RBK: *Sehen Sie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch die derzeitigen „Quantitative Easing“ Maßnahmen gefährdet? Subventioniert die EZB damit indirekt die europäischen Staaten?*

Merz: Die EZB ist gut beraten, schleunigst von ihrer Politik abzuweichen, von hoch verschuldeten Euroländern direkt Staatsanleihen zu kaufen. Dies ist bereits mit griechischen Staatsanleihen geschehen. Ein solches Vorgehen widerspricht den Grundsätzen der EZB und entspricht meines Erachtens einem klaren Regelverstoß. Durch die Maßnahmen der EZB werden die Schulden Griechenlands teilweise monetarisiert. Dies widerspricht dem Stabilitätsziel für den Euro. Ich halte die aktuelle Politik der EZB für gefährlich. Diese heizt die Inflationsgefahr im Euroraum an, auch wenn Beteiligte der EZB-Politik das vehement bestreiten, inklusive Ewald Nowotny.

RBK: *Begrüßen Sie die erwartete Zinserhöhung?*

Merz: Damit bestätigt die EZB, dass sie insgeheim mit Inflation rechnet und versucht, dem jetzt schon entgegenzuwirken. Ich persönlich mache mir Sorgen um die Stabilität des Euros. Ich erwarte in der nahen Zukunft Inflation und die Menschen auf der Straße scheinen dies ähnlich zu sehen. Anders kann ich mir viele Reaktionen nicht erklären. Zu viel Geld im Umlauf im Vergleich zu der realwirtschaftlichen Produktivität ist genau das, was Inflation verursacht und dies hat auch et-

was mit der EZB Politik zu tun.

RBK: *Letzte Frage: Sehen Sie für den Euro und die Eurozone eine Zukunft?*

Merz: Ja, ich sehe durchaus eine Chance. Ich wünschte mir, dass sich mehr Länder dauerhaft an die Spielregeln halten und nicht versuchen auf dem Rücken anderer Mitgliedsländer ihre Wirtschaftspolitik wieder in Ordnung zu bringen. Eine Krise hat natürlich schlechte, aber auch positive Seiten. Sie zeigt einem den Status quo, wo die Probleme liegen und woran gearbeitet werden muss. Die Verantwortlichen müssen einen kühlen Kopf behalten und nicht schnell irgendwelche Pakete schnüren, die man dann in der Zukunft bereut!

Herzlichen Dank an Prof. Monika Merz sowie Prof. Kunibert Raffer für die aufschlussreichen Gespräche.

Links:

Plenum der Ökonomen
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/>

Prof. Merz
<http://homepage.univie.ac.at/monika.merz/>

Prof. Raffer
<http://homepage.univie.ac.at/Kunibert.Raffer/>

1 FTD Wirtschaftswunder, Paul de Grauwe - Warum ein großer Rettungsschirm sinnvoll ist, <http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=2613&blogId=16>)

Über die seltsamen Ansichten einiger (deutscher) ÖkonomInnen zur Eurokrise

Ein Kommentar zum Interview mit Frau Prof. Merz, und die wahren Ursachen der aktuellen Krise in der Eurozone

Dankenswerterweise hat Frau Prof. Merz dem RBK für diese Ausgabe ein Interview zur Eurokrise gegeben. Doch wer sich politisch äußert, der muss mit Kritik rechnen.

Für Frau Prof. Merz und eine Reihe anderer deutscher Ökonomen¹ ist die Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der das erlaubte Staatsdefizit auf 3% des BIP und die erlaubte Staatsschuldenquote auf 60% des BIP begrenzt, die Hauptursache der Krise. Die Hauptschuldigen sind demnach die Politiker jener Mittelmeerländer (+Irland), welche es nicht geschafft haben, ihre Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Eine einfache und schlüssige Argumentation, denn auch dem Hausverstand der schwäbischen Hausfrau² ist klar, dass es sich nicht gehört, Schulden zu machen. Darum sei als Lehre aus der Krise geboten: 1) zu sparen, und 2) den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verschärfen.

Doch stimmt diese Sicht auf die Welt?

Lassen wir zunächst einmal nur die nackten Zahlen sprechen.

Von 1999 bis 2010 hat sich der Staatsschuldenstand (in % des BIP) in Griechenland von 94% auf 126% erhöht. Dies scheint der Analyse der deutschen Ökonomen Recht zu geben. Doch neben Griechenland haben derzeit auch Irland und Portugal keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt und wären

daher ohne EU-Hilfe insolvent. Schließlich wird sich die Eurokrise an Spanien entscheiden, welches ebenfalls vor gewaltigen Problemen steht.

Aber wie war nun die Entwicklung der Staatsschulden und –defizite in diesen drei Ländern?

Von verschwendungssüchtigen und unverantwortlichen Politikern keine Spur: Irland und Spanien hatten von 1999-2007 eine (im neoliberalen Sinne) vorbildliche Finanzpolitik aufzuweisen: In Irland sank (!) die Staatsverschuldung von 49% auf 25%. Jedes Jahr erzielte man dort Überschüsse im Staatshaushalt von bis zu 4,7%, lediglich 2002 gab es ein minimales Defizit (-0,35%). Eine ähnliche Situation gab es in Spanien: Dort traten vernachlässigbare Defizite von 1999-2004 auf (schlechtestes Ergebnis -1,42% 1999), während von 2005-2007 Überschüsse eingefahren wurden. Dementsprechend sank der Staatsschuldenstand relativ zum BIP

“Aus diesen Zahlen geht sehr deutlich hervor, dass schlechtes Wirtschaften im Staatshaushalt [...] sicherlich nicht der Grund für die derzeitige Euro-Krise sein kann, ...”

von 62% auf 36%. Beide Länder haben dafür enormes Lob von der EU-Kommission und neoliberalen Ökonomen erhalten, die die enorme Flexibilität und Dynamik des liberalen Wirtschaftsmodells inklusive flexibler Arbeitsmärkte in diesen Ländern gepriesen haben. Dennoch stehen beide Länder

heute vor riesigen Problemen. Deutschland – aufgrund angeblich rigider Arbeitsmärkte in diesen Jahren massiv kritisiert – ist hingegen abgesehen von enormen Wachstumseinbrüchen gut durch die Krise gekommen. Eine Flucht in (sichere) deutsche Staatsanleihen setzte ein, sodass sich die staatliche Refinanzierung für Deutschland stark verbilligte. Die Haushaltsführung von Gerhard Schröder und Angela Merkel in Deutschland war von 1999-2007 jedoch nicht besonders gut, gemessen an den Maßstäben der liberalen Ökonomen. Die Staatsschuldenquote stieg von 60% auf 73%, gänzlich im Kontrast zu der „hervorragenden“ Performance von Irland und Spanien. Dementsprechend wurden in den meisten Jahren Defizite erzielt, von 2002 bis 2005 jeweils über 3%. Ähnlich erging es Portugal, dessen Staatsschuldenquote von 1999 bis 2008 zwar von 50% auf 65% anstieg, allerdings in jedem einzelnen Jahr dieses Zeitraums noch unter der von Deutschland lag.

Aus diesen Zahlen geht sehr deutlich hervor, dass schlechtes Wirtschaften im Staatshaushalt mit Ausnahme von Griechenland sicherlich nicht der Grund für die derzeitige Euro-Krise sein kann, da Irland und Spanien nach den Maßstäben der Defizitfanatiker wesentlich besser gewirtschaftet haben als Deutschland.

Ab 2008 hat sich die finanzpolitische Performance der Länder umgedreht. Plötzlich waren in Spanien, Irland und Portugal enorme Defizite um die 10% zu verzeichnen, während Deutsch-

land trotz Krise mit Defiziten unter 4% aufwarten konnte. Der Grund dafür war, dass die Finanzkrise die Haushalte von Spanien, Irland, und Portugal massiv getroffen hat, weil deren gesamtes Wachstumsmodell (basierend auf privater, nicht staatlicher Verschuldung) zusammenbrach.

Nachdem im Zuge der Finanzkrise in den mediterranen Ländern hohe Staatsdefizite aufgetreten sind, haben die Anleger in Staatsanleihen dieser Länder das Vertrauen verloren, zum Teil aus rationalen Gründen, zum Teil aus Spekulationserwägungen bzw. Panik. Die Kurse dieser Papiere sanken, und schrittweise gab es zunächst in Griechenland, anschließend in Irland und nun in Portugal einen Käuferstreik für Staatsanleihen. In Griechenland ist das verständlich, da das Land wahrscheinlich wirklich überschuldet ist. Auch in Irland ist dies nicht ganz unverständlich, denn auf der grünen Insel hat sich die Freunderlwirtschaft bestehend aus Politik und Banken

entschieden, zur Gänze für die viel zu hohen Verbindlichkeiten der Privatbanken einzustehen.

Wieso aber gibt es in Portugal einen Käuferstreik, wo das Defizit 2009 von 9,3% zumindest im Sinken begriffen ist (8,6% 2010), mit nicht so schlechten Prognosen (4,6% für 2011)? Und wo doch der Staatschuldenstand 2010 mit 82% gleich hoch ist wie jener Frankreichs und nur geringfügig höher als der von Deutschland (76%). Italien hatte 2010 ein Defizit von 5%, aber eine weitaus höhere Staatsschuldenquote von 119%. Japan hingegen hat überhaupt eine Staatsverschuldung von über 200% des BIP und trotzdem keine Probleme seine Staatsanleihen abzusetzen. In den USA war das Defizit 2009 und 2010 bei rund 11%, mehr als in Portugal, und der Schuldenstand 2010 bei 92%, um 10% größer als in Portugal. Dennoch käme auch hier niemand auf die Idee, einen Käuferstreik zu veranstalten.

Die Gründe für den Käuferstreik und die Spekulation sind zweierlei. Zum einen sind Portugal, Griechenland, Spanien und Irland stark im Ausland verschuldet. Zum anderen haben sie keine Zentralbank, die sie entschieden vor einem Käuferstreik schützt (für letzteres siehe Kasten).

Die gesamte Volkswirtschaft dieser Länder (Haushalts-, Unternehmens- und Staatssektor) hat jeweils hohe Nettoauslandsschulden. 2009 war Portugal mit 112% des BIP im Ausland verschuldet, Spanien mit 79% (2008), Griechenland mit 103% und Irland immerhin mit 68%. Wer seine Staatsanleihen nicht im Inland unterbringen kann, so wie es Japan oder Italien tun, der ist immer gefährdet, dass ausländische Käufer Panik bekommen oder zur Spekulation gegen das Land aufgelegt sind. Die Gründe für den Finanzierungsbedarf aus dem Ausland liegen in den massiven Leistungsbilanzdefiziten (mehr Importe als Exporte), die die mediterranen Länder schon seit Jahren anhäufen (dazu unten

DIE FALSCHER ZENTRALBANK POLITIK IN BEZUG AUF DIE STAATSFINANZIERUNG

Zum anderen liegt die Schuldenkrise an dem fehlenden Schutz durch die Zentralbank, welche die Währung ausgibt, in der man sich verschuldet hat. Wenn beispielsweise die USA in Dollars verschuldet sind, so ist sie unbegrenzt zahlungsfähig. Schließlich kann die US-Zentralbank jederzeit Dollars drucken (bzw. elektronisch schaffen) wenn benötigt, um in Dollar denominierte Schulden zu bezahlen. Ähnliches gilt für Großbritannien und den britischen Pfund, Japan und den Yen sowie prinzipiell auch für den Euro. Im Euroraum allerdings waren die Mitgliedsstaaten und auch

die EZB-Ratsmitglieder heftig zerstritten, und so haben die EZB bzw. die nationalen Notenbanken zwar Staatsanleihen gekauft, allerdings nur unzureichend, und vor allem falsch: Sie haben den Banken jene Staatsanleihen am Sekundärmarkt abgekauft, die bereits verkauft waren, anstatt jene abzunehmen, die die Staaten am sog. Primärmarkt gerade verkaufen wollten (und an denen die Staatsfinanzierung hängt). In dem Moment, wo aufgrund der Panik und Unsicherheit im Markt die Kurse der Staatsanleihen dieser Länder fallen, steigen die Zinsen massiv an, welche die Staaten bieten müssen, um ihre Anleihen zu verkaufen. Auf Dauer steigt damit auch der Zinsaufwand im Budget. Wenn die

Zinsen dann nur hoch genug sind, könnte kein Land, egal wie gut es realwirtschaftlich dasteht, eine stark steigende Schuldenquote und einen Käuferstreik abwenden, auch nicht Deutschland. Das ganze hat daher den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Glauben nur viele Marktteilnehmer daran, dass ein Land bankrott geht, so geht es auch bankrott, einfach weil die Zinsen steigen und ein Käuferstreik einsetzt.

Das Fazit daraus ist, dass gerade Finanzmärkte oftmals nicht gut funktionieren. Da aber die Staatsfinanzierung zu wichtig für eine Gesellschaft ist, sollte man sie auch in die Hand des Staates geben und die Zinsen auf diese Anleihen politisch festsetzen.

mehr).

Im Gegensatz zu den mediterranen Ländern hat Deutschland ein Nettoauslandsvermögen 2009 von 26% des BIP (d.h. z.B. deutsche Unternehmen und Haushalte besitzen z.B. in Spanien Unternehmen, Grundstücke bzw. Finanzpapiere als Forderungen). Ebenfalls hohe Nettoauslandsvermögen besitzen die Niederlande (43%) und Belgien (31%). Interessant dabei ist, dass diese Vermögen noch 1999 größtenteils nicht vorhanden waren. Im Jahr 1999 hatte Deutschland eine ausgeglichene Bilanz (0,45%) von Auslandsschulden und Auslandsvermögen, ähnlich die Niederlande 2002 (0,88%). Genauso waren 1999 die Nettoauslandsschulden von Spanien (33%), Portugal (36%) und Griechenland (31%) noch relativ gering.³ Dieser Aufbau der Auslandsschuld von 1999 bis 2007 wurde verursacht durch die Leistungsbilanzdefizite in den mediterranen Ländern, umgekehrt wurden das Auslandsvermögen von Deutschland und den Niederlanden durch die jährlichen Leistungsbilanzüberschüsse erzielt (warum und wieso, siehe weiter unten).

“Im Zuge der einsetzenden Rezession 2008 wurde die Fehlvergabe von Krediten offensichtlich, und die Finanzblase platzte.”

Der Hauptgrund für die Überschuldung der Volkswirtschaften des Südens wie Irlands liegt in der hohen Auslandsverschuldung, die wiederum durch die hohe Privatverschuldung und die daraus resultierenden jährlichen Leistungsbilanzdefizite entstanden ist. Im Zuge der einsetzenden Rezes-

sion 2008 wurde die Fehlvergabe von Krediten offensichtlich, und die Finanzblase platzte. Mit der Ausnahme von Griechenland liegt daher der Grund für Eurokrise sicher nicht in einer überbordenden Staatsverschuldung, wie Prof. Merz meint.

Warum haben die sogenannten PIGS⁴ oder der Club Med, wie sie diffamierend genannt werden, eine so hohe Privatverschuldung angehäuft (bzw. auch Staatsverschuldung im Falle Griechenlands und eventuell Portugals)?

Um Schulden zu machen, braucht es jemanden der Geld verleiht (die Bank) sowie vorzugsweise niedrige Zinsen.⁵ Im Zuge der Euro-Einführung ist bis 1998 das Nominal- wie das Realzinsniveau in den südlichen Ländern von ehemals hohen Levels stark gefallen. Trotz der enormen Konvergenz in den Mitgliedsländern bezüglich dem Zins- wie Inflationsniveau blieben gewisse Unterschiede bestehen. Da Deutschland nach wie vor niedrigste Inflationsraten hatte – und die südlichen Länder etwas höhere – unterschieden sich auch die Realzinsen stark, was sich enorm auf die Verschuldungsbereitschaft auswirkt. Bei niedrigen Realzinsen ist die Aufnahme eines Kredites wesentlich billiger als bei hohen Realzinsen. Hätte man 1999 einen Kredit von 100.000 Euro in Deutschland aufgenommen, so hätte man bis 2007 real rund 36.000 Euro an Zinsen bezahlen müssen. In Spanien hingegen wären nur rund 5.500 Euro fällig gewesen, in Irland rund 8.100 Euro.

Das niedrige Realzinsniveau wäre nicht weiter schlimm gewesen, hätten diese Staaten das Geld auch für produktive Investitionen oder zum Aufbau neuer Industrien ausgegeben, mit denen anschließend eine Rückzahlung der

Kredite möglich gewesen wäre. Die Banken und Unternehmer haben jedoch zu viel in den Wohnbau investiert, weil der zwar sehr zinsreagibel ist, aber gleichzeitig eine wenig produktive Industrie im Sinne von zukünftigen Produktivitätssteigerungen, mit denen Kredite zurückgezahlt werden können. Stattdessen gab es eine kreditbefeuerte Spekulationsblase, bei denen z.B. spanische Hotels, die noch nicht einmal gebaut waren, bereits teuer weiterverkauft wurden.

Diese Booms in den mediterranen Ökonomien haben ein starkes (zeitlich begrenztes) reales BIP-Wachstum hervorgebracht, mit dem Irland, Griechenland und Spanien von 1999-2007 mit Abstand die Top 3 im Wachstumsranking der elf größeren Länder der Eurozone waren (mit einem realen BIP-Zuwachs in der Periode von respektive 59%, 44% und 35%). In Deutschland konnte man das genaue Gegenteil beobachten. Restriktive Geldpolitik durch hohe Realzinsen, negative Impulse der Fiskalpolitik durch ein Dogma des ausgeglichenen Budgets, und der ohnehin schon seit dem Wiedervereinigungsboom brachliegende Wohnbau haben die deutsche Ökonomie erdrückt. Das Land belegte im Zeitraum 1999-2007 knapp vor Italien den vorletzten Platz im Wachstumsranking (10% realer BIP-Zuwachs).⁶ Die Binnenwirtschaft lag völlig am Boden, und fast ausschließlich die Nettoexporte trugen zum Wachstum bei. Angeblich verkrustete Arbeitsmärkte haben damit hingegen nichts zu tun.

Diese Booms (Sp, Gr, Ir) bzw. Stagnation (D) und die damit einhergehenden unterschiedlichen Lohnentwicklungen haben ein gravierendes Problem verursacht. Die Leistungsbilanzen der Boom-

Ländern wurden negativ und jene von Deutschland positiv, da ein schnell wachsendes Land mehr importiert als ein langsam wachsendes. Extreme und historisch einmalige Werte seit 1945 wurden dabei erreicht. Spanien, das 1997 noch eine ausgeglichene Leistungsbilanz aufwies, hatte 2007 ein Defizit von 10% des BIP. Die irische Bilanz drehte sich von +0,3% im Jahr 1999 auf -5,3% im Jahr 2007. Portugal schrammte 2005-2007 an einem 10% Defizit nur knapp vorbei, und Griechenland wies 2007 und 2008 sogar sagenhafte Werte über 14% des BIP auf. Deutschland hingegen drehte ins Positive von einer negativen Bilanz 2000 (-1.8%) auf +7,7% (Überschuss) im Jahr 2007.

Ein zweiter Effekt kam hinzu, der den Trend der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen nachhaltig verstärkte: die unterschiedliche Entwicklung in den Lohnstückkosten und den realen effektiven Wechselkursen. Während in Deutschland die Lohnsteigerungen relativ zu den Produktivitätssteigerungen (Lohnstückkosten) bewusst niedrig gehalten wurden⁷, stiegen sie aufgrund der guten Konjunktur in den mediterranen Ländern und Irland stark an. Den schwachen Kostendruck von der Lohnseite sowie die schwache Binnenkonjunktur gaben die deutschen Unternehmen auch an die Preise weiter. Niedrige Inflation war die Folge. Die umgekehrte Situation stellte sich in den mediterranen Ländern ein. Exportorientierte Unternehmen in beiden Ländern bekamen das zu spüren. Deutsche Exporteure haben davon profitiert, während die Übrigen eine spürbare Reduktion ihrer Marktanteile bemerkten. Dieser starke Unterschied in der Wettbewerbsfähigkeit hat die Leistungsbilanzungleichgewichte

weiter befeuert.

Schlussendlich war die sich aus den Leistungsbilanzdefiziten ergebende Auslandsverschuldung in den mediterranen Ländern nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Finanzmärkte haben das ausgenutzt, indem sie nicht mehr wie früher auf eine Abwertung der heimischen Währung (die es ja nicht mehr gab, weil nur mehr den Euro), sondern gegen die Staatsanleihen der betreffenden Länder spekuliert haben.

“Wer ist nun Schuld an der Eurokrise?”

Wer ist nun Schuld an der Eurokrise? Sind es nicht gerade die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, die ihren Boom zulange geduldet haben, während Deutschland eine vernünftigeren und nachhaltigeren Wirtschaftspolitik betrieben hat, wie die deutschen Ökonomen vermutlich meinen würde?

Die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften kann auf makroökonomischer Ebene durch die Lohnstückkosten und die realen effektiven Wechselkurse bestimmt werden. Der Ökonom Heiner Flassbeck⁸ hat bereits 1997 (!) in einem Artikel in der FAZ darauf hingewiesen, dass eine Währungsunion, die nicht als Transferunion konzipiert ist, ohne eine permanente Beobachtung und Korrektur der Lohnentwicklungen nicht funktionieren kann, weil sich sonst die Leistungsbilanzsalden und die Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft auseinanderentwickeln.

In einem Nationalstaat ist ein permanenter Leistungsbilanzüberschuss einer Region (z. B. Wien) mit einer anderen (z.B. das Wald-

viertel) kein Problem, da ein Finanzausgleich stattfindet, über den die schwächere Region Finanzmittel erhält, um ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Wenn solche Fiskaltransfers innerhalb der Währungsunion aber politisch nicht gewünscht sind, dann darf es auch keine permanenten Leistungsbilanzüberschüsse bzw. -defizite geben. Denn im Falle von Leistungsbilanzungleichgewichten nehmen die Länder mit Überschüssen in der Leistungsbilanz den Ländern mit einem Defizit die Möglichkeit, ihre Importe selbst durch ihre Exporte zu verdienen. Sie müssen daher auf Auslandsverschuldung ausweichen, die aber irgendwann nicht mehr tragbar wird, weil dem keine zukünftigen Nettoexporte gegenüberstehen, die diese Verschuldung abtragen könnten (wie auch, bei einem permanenten Leistungsbilanzdefizit...).

Schauen wir uns zunächst die Theorie an. Für die Lohnstückkostenentwicklung, die letztlich die Preise und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften in einer Währungsunion untereinander bestimmt, gibt es innerhalb einer Währungsunion wie der Eurozone eine einfache theoretische Regel. Die Nominallöhne jedes Landes in Prozent müssen jährlich genau um die nationale Produktivitätssteigerung (in %) plus die EU-weite Zielinflationsrate der Zentralbank (2% für die EZB) steigen. Damit entsprechen die Lohnstückkostensteigerungen (Nominallohnsteigerungen – Produktivitätssteigerungen) genau der Zielinflationsrate der EZB, und es gibt keinen Preisdruck nach oben oder nach unten. Hält man sich an diese Regel, bleibt die Wettbewerbsfähigkeit ausgehend von einer ausgeglichenen Leistungsbilanz immer gleich, und

DEUTSCHLAND ALS ZERSTÖRER DER WÄHRUNGSUNION?

Der deutsche Merkantilismus

Wie wir bereits festgestellt haben, hat Deutschland eben soviel zum Fehlverhalten in der Währungsunion beigetragen wie die südlichen Länder, die jetzt aufgefangen werden müssen. Das schwache Steigen der Lohnstückkosten in Deutschland von 1999-2007 ist keine endogene wirtschaftliche Entwicklung, sondern wurde ganz bewusst wirtschaftspolitisch herbeigeführt. Als Gerhard Schröder (SPD) Bundeskanzler wurde, zog er nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister eine wirtschaftsliberale Politik durch, die sich selbst die CDU-FDP Koalition nicht (aufgrund der SPD als Opposition) getraut hätte umzusetzen. Diese Politik wurde anschließend von Schwarz-Rot unter Merkel fortgesetzt. Was war passiert?

Unter dem Slogan, dass „sozial ist, was Arbeit schafft“ wurde das erfolgreiche deutsche Wirtschaftsmodell radikal umgebaut. In der Lohnpolitik wurde massiv Druck auf die Gewerkschaften und Arbeitnehmer ausgeübt. Hartz I bis IV (Kürzungen beim Arbeitslosengeld und vor allem verkürzte Bezugsdauer von nur mehr einem Jahr, Ein-Euro-Jobs) und die aktive Förderung von Leiharbeit (im gleichen Betrieb und für die gleiche Arbeit verdient ein Leiharbeiter nur die Hälfte) wurde eingeführt. Dadurch entstand ein politisch gewollter Niedriglohnssektor in Deutschland, der mittlerweile mit rund 22% aller Jobs die Dimension des amerikanischen und britischen erreicht hat. In Kombination mit der hohen Arbeitslosigkeit in der

Stagnationsphase 2001-2005 gelang es daher, die Lohnsteigerungen niedrig zu halten, d.h. unter dem Produktivitätsanstieg. Durch dieses Lohndumping wurden die deutschen (exportorientierten) Unternehmen, z.B. die meisten DAX-Konzerne, durch geringere Kosten innerhalb Europas extrem wettbewerbsfähig.

Auch in der Budgetpolitik kam der Druck auf die ArbeitnehmerInnenseite. Staatsausgaben und -investitionen wurden massiv gekürzt, wodurch direkt Arbeitslosigkeit entstand. Gleichzeitig wurde der Spitzensteuersatz gesenkt und mehrere Unternehmenssteuersenkungen durchgeführt. 2001 beispielsweise zahlte der Unternehmenssektor netto gar keine Steuern an den Staat, sondern hat sogar noch welche zurückbekommen. Eine Umverteilung von unten nach oben setzte ein, wodurch der Konsum geschwächt wurde (weil ärmere Haushalte eine höhere Konsumquote haben). 2009 wurde die Mehrwertsteuer erhöht und gleichzeitig die Beiträge zur Ar-

“Hinter all diesen Maßnahmen stand ein Ziel: Die Profite der großen Konzerne und Banken zu erhöhen.”

beitslosenversicherung gesenkt. Diese Maßnahme zielte direkt auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der großen exportierenden Konzerne ab, da beim Export keine Mehrwertsteuer anfällt, diese Konzerne aber sehr wohl Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen. Massiv gefördert wurde hingegen der Finanzsektor. Eines der größeren Übel war die Abschaf-

fung der Steuer auf Unternehmensverkäufe (45%), die das Modell der Deutschland AG auflöste. Dieses Modell bestand daraus, dass die Banken an den produktiven Unternehmen beteiligt waren und ihnen günstige Finanzierungsbedingungen zur Verfügung stellten und gleichzeitig einen Schutz vor ausländischen Übernahmen boten. Der Umbau der Deutschen Bank zu einem riesigen Hedge-Fonds ist nur ein Beispiel dafür. Auch aktiv gefördert wurden (von jenem Staatssekretär Asmussen, der auch heute noch im Amt ist) der Kauf von toxischen, verbrieften Krediten.

Hinter all diesen Maßnahmen stand ein Ziel: Die Profite der großen Konzerne und Banken zu erhöhen. Exportorientierte Unternehmen, die auch zu den großen Spendern der Politik gehören, sind vornehmlich daran interessiert, eine schwache Arbeitnehmerseite vorzufinden. Mit niedrigen Löhnen kann dann günstig exportiert werden, wodurch alle Welt aufgrund des Preisvorteils deutsche Produkte kauft. Um die Arbeitnehmerseite nachhaltig zu schwächen, bedarf es einer daniederliegenden Binnenwirtschaft, die mit all diesen Maßnahmen im Lohn- und Steuersektor erreicht wurde. So kam es, dass Deutschland zwar Exportweltmeister, aber gleichzeitig eines der bei weitem am schwächsten wachsenden Länder in der letzten Dekade war.

Eigentlich dürfen solche Maßnahmen in einer Währungsunion keinen Platz haben. Die Konkurrenz zwischen in- und ausländischen Firmen darf nur über die Qualität der Produkte, Innovations- und Organisationskraft erfolgen, nicht jedoch über Lohn-, Steuer-, und

Staatsausgabendumping. Ansonsten kann eine Währungsunion auf Dauer nicht funktionieren. Wer nun von Deutschland verlangt, weiter im Budget zu konsolidieren und die Löhne nicht

steigen zu lassen, der hat in der Tat nicht verstanden, dass das Schicksal des Euro zu einem sehr großen Teil von Deutschland abhängt. Vor allem das Kürzen von Staatsausgaben (statt Steuer-

erhöhungen für Reiche) zur Budgetkonsolidierung und schwache Lohnsteigerungen in Deutschland sind Gift für Wachstum, Beschäftigung und den Zusammenhalt der Währungsunion.

damit werden Transfers von Überschuss- zu Defizitländern innerhalb der Währungsunion niemals erforderlich.

Sieht man sich nun empirisch an, wer diese Regel verletzt hat, so fällt auf: Deutschland ist gleichermaßen nach unten abgewichen wie Spanien und Griechenland nach oben. Laut der Lohnstückkosten-Regel sollten die Lohnstückkosten von 1999-2007 von 100 auf 114,9 gestiegen sein (Zielinflationsrate der EZB). Die deutschen Lohnstückkosten sind jedoch von 100 lediglich auf 100,5 gestiegen, also praktisch gar nicht. Sie lagen damit rund 15 Prozentpunkte unter dem erforderlichen Anstieg. Die Spanischen hingegen lagen 2007 bei 124, die Irischen bei 125,3 und die Griechischen bei 121,4. Das sind Abweichungen von rund 10 Prozentpunkten über den erforderlichen 114,9 Prozentpunkten. Die deutsche Abweichung nach unten (= das deutsche Lohndumping) innerhalb der Eurozone fällt damit sogar noch etwas gravierender aus als die Abweichungen der mediterranen Länder nach oben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Realen Effektiven Wechselkursen, die den nominalen Wechselkurs dividiert durch die unterschiedlichen Steigerungen des in- und ausländischen Preisniveaus messen. Sie messen in der Währungsunion die reale Abwertung und sind damit ebenfalls ein Maß für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. Deutschland hat abgewertet (von 100 im Jahr

2000 auf 87,3 im Jahr 2007) und an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, während Spanien, Griechenland und Irland im gleichen Zeitraum von 100 auf 112, 113 bzw. 117 aufgewertet haben und dementsprechend an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben.

Frau Prof. Merz hat diese ganz entscheidende Frage in ihrem Interview beiseite gewischt. Wie die Leistungsbilanzungleichgewichte abgebaut werden sollen, wenn beide, Deutschland und die mediterranen Länder, sparen, beantwortet sie nicht. Denn wenn keiner etwas ausgibt, leidet zunächst einmal das Wachstum. Denn anders als deutsche Ökonomen, die OECD und die EU-Kommission glauben, tut sich durch Strukturformen zunächst einmal gar nichts, wenn nicht auch die Nachfrage fehlt.

Für einen raschen Abbau der Ungleichgewichte hingegen müssten die Länder mit Überschüssen in der Leistungsbilanz wie Deutschland und Österreich sogar mehr ausgeben, sowohl der Staat (mehr, nicht weniger Staatsausgaben) als auch die Privathaushalte (höhere Löhne führen zu höherem Konsum). Ansonsten wird es den Defizitländern nicht gelingen, ihre Leistungsbilanzdefizite und ihre Auslandsverschuldung (Privat- wie Staatsverschuldung) abzubauen. Zudem wird das Wachstum in ganz Europa niedrig bleiben, und die düsteren Prognosen über Staatspleiten und ein Ende des Euro könnten wahr

werden. Bei jetzt bereits 20% Arbeitslosigkeit und 40% Jugendarbeitslosigkeit in Spanien sind das keine guten Aussichten für den Zusammenhalt innerhalb der Eurozone. Das Traurige dabei ist, dass – falls die Währungsunion tatsächlich auseinanderbricht – deutsche Ökonomen intellektuell einen großen Anteil daran haben.

1 Bis auf Frau Prof. Merz sind es in der Tat beinahe ausschließlich Männer.

2 Copyright Angela Merkel

3 Im Allgemeinen kann man davon ausgehen, dass es ab 50% nicht mehr unbedenklich ist.

4 Portugal, Irland, Griechenland, Spanien

5 Dann drängt einem die Bank üblicherweise das Geld auch auf, egal ob man es braucht.

6 Portugal war nicht viel besser als Deutschland von 1999-2007. Das hat damit zu tun, dass Portugal genau diesen Konsum- und Investitionsboom, den die anderen Länder 1999-2007 durchgemacht haben, bereits vor dem offiziellen Eintritt in die Eurozone in den späten 1990ern hatte, als die Zinsen erstmalig zu sinken begannen.

7 Siehe dazu Kasten zu Deutschland

8 Heute Chefökonom der UNCTAD und ehemaliger Staatssekretär unter Oskar Lafontaine

9 Im Vergleich dazu Frankreich, wo die Quote nur halb so hoch ist, oder Deutschland zehn Jahre zuvor, wo sie nur 15% betrug.

10 Das ist in der Tat der Punkt, den die deutschen Ökonomen nicht verstehen (wollen).

11 Zumindest jene vernünftige Theorie, die nicht in einem neoklassischen Lehrbuch steht.

Mehr Kuchen für alle



KandidatInnen für den RBK
sind dieses Mal:

**Katarina Hollan
Manuel Lackner
Johannes Leutgeb
Philipp Poyntner
Eva Nicola Rinner**

ÖH-WAHL

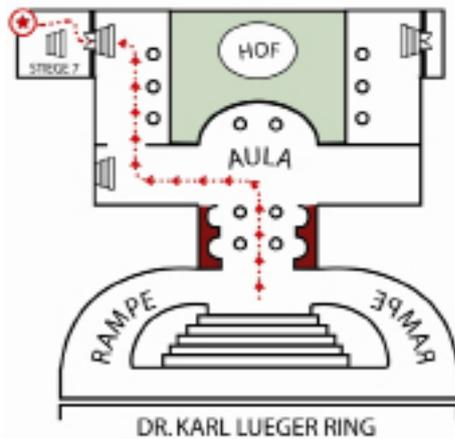
24. - 26. Mai



DER ROTE BÖRSENKRACH

Basisgruppe VWL

Persönliche Erreichbarkeit



In der SCHILDBURG (neben Stiege 7)
Hauptgebäude, Universität Wien,
Dr. Karl-Lueger Ring 1,
1010 Wien

Journaldienste:

Di 11.00 - 13.00
Mi 11.00 - 12.00 und 13:00 - 15:00

Auch außerhalb der Journaldienstzeiten wird
sich meistens ein(e) hilfsbereite(r) Student(in)
in der Schildburg finden!

Tel: +43-1- 4277-19 634

Erreichbarkeit und Infos

Der Rote Börsenkrach / StV VWL

Hauptgebäude, Universität Wien,
Dr. Karl-Lueger Ring 1,
1010 Wien

Tel: +43-1- 4277-19 634
Web: www.univie.ac.at/stv-vwl
Mail: stvvwl@univie.ac.at

I'm still not convinced!

Der Name DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung, sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE VWL an

der WIWI Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt Möglichkeiten für alle, die sich über das übliche Lehrange-

bot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

Plenumstermin:
Mittwoch 19h30 - Schildburg